

Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg

CDU-Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern

Einladung zur Wahlkreismitgliederversammlung

An die CDU-Mitglieder im Bundestagswahlkreis 290 Tübingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute darf ich Sie an die Einladung erinnern, die Ihnen bereits postalisch zugegangen ist, zur

Wahlkreismitgliederversammlung zur Aufstellung des / der Bewerbers/-in für den Wahlkreis 290 Tübingen sowie zur Wahl der Vertreter für die Bezirksvertreterversammlung und die Landesvertreterversammlung zur Bundestagswahl 2021

am Freitag, 24. Juli 2020 um 19:00 Uhr

in der Krebsbachhalle Bodelshausen, Gerstlaich 1, 72411 Bodelshausen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Bareiß MdB

Bezirksvorsitzender CDU-Württemberg-Hohenzollern

Tagesordnung und weitere Hinweise siehe Seite 10

CDU Baden-Württemberg



Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

- » Armin Laschet MdL – Seite 4
- » Friedrich Merz – Seite 4
- » Dr. Norbert Röttgen MdB – Seite 5

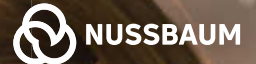
CDU Baden-Württemberg



Der richtige Weg aus der Corona-Krise

- » Sich nah sein, ohne am selben Ort zu sein: Erstes Digitales Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg – Seite 30
- » Thomas Bareiß: „Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise“ – Seite 6
- » Dr. Susanne Eisenmann: „Behutsam zu mehr Normalität“ – Seite 7

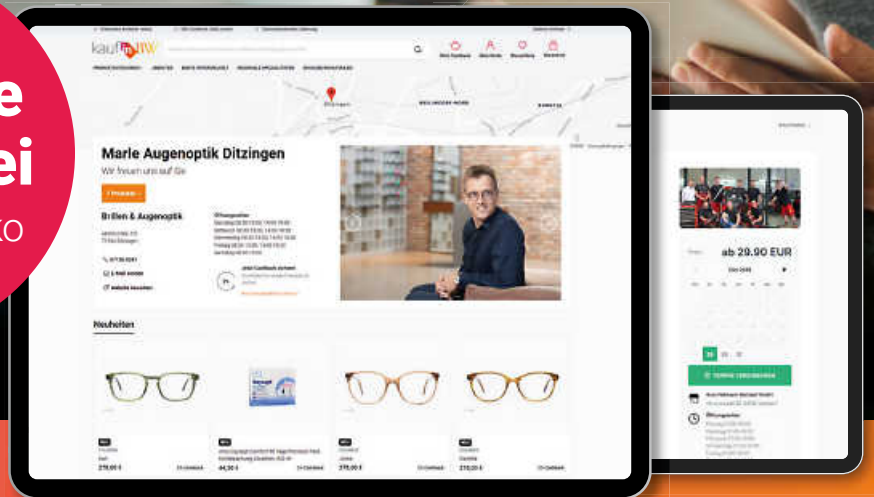
Ein Produkt von



Bringen Sie Ihr Geschäft wieder auf Hochtouren!

Mit kaufinBW, dem Online-Marktplatz für lokale Unternehmen aus Baden-Württemberg.

**3 Monate
kostenfrei**
und ohne Risiko



kaufinBW

**Online-Marktplatz · Unternehmensprofil · Gutscheinverkauf
Terminbuchungstool · Print- & Onlinewerbung**

Getreu unseres Mottos „Heimat stärken“ haben wir von Nussbaum Medien für Sie ein passendes Paket für die kurzfristige und vielseitige Digitalisierung Ihres Unternehmens entwickelt. Mit kaufinBW können Sie Ihre Angebote weiter online anbieten und

ausliefern und sind über Ihre Ortsgrenzen hinaus 24/7 sichtbar. Sie profitieren zudem von der hohen Reichweite aus digitalen Medien und Lokalzeitungen der Nussbaum Medien. Gemeinsam stärken wir die Heimat.



Jetzt starten

partner.kaufinbw.de ▶



Worte des Landesvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

die Corona-Pandemie hat unsere Welt bereits seit vielen, vielen Wochen fest im Griff. Wir leben mit einer Situation, die die meisten von uns sich so niemals hätten vorstellen können. Die letzten Wochen waren eine unglaubliche Belastungsprobe. Wochenlang hatten unsere Schulen und Kindertagesstätten praktisch komplett geschlossen, viele von Ihnen waren im Homeoffice, Abstand halten ist das neue Gebot der Stunde, der Mundschutz ist unser neuer steter Begleiter und unser Gesundheitssystem hat Außergewöhnliches geleistet. Wir haben zum Beispiel das Osterfest im April nur sehr eingeschränkt feiern können. Mir hat es sehr gefehlt, wie in all den vielen Jahren zuvor die gewohnten Gottesdienste am Karfreitag und Ostersonntag zu besuchen. Die ganze Bevölkerung musste schwere Einschränkungen hinnehmen – und sie tat das in Baden-Württemberg zum allergrößten Teil sehr vernünftig und diszipliniert.

Wir halten zusammen!

Die letzten Wochen haben ganz deutlich gezeigt, dass wir zusammenstehen, dass wir diese noch nie dagewesene Herausforderung gemeinsam angehen. Baden-Württemberg ist ein Land mit einem Bindestrich. Und diese Verbindung, diesen Zusammenhalt leben wir hier – das haben die letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt. Wir haben für unsere Nachbarn, Freunde und auch bis dahin völlig Unbekannte eingekauft oder sie auf andere Weise unterstützt, haben unseren Landwirtinnen und Landwirten bei der Ernte geholfen, haben nicht am selben Ort aber trotzdem gemeinsam musiziert. Diese unzähligen Alltagshelden waren es, die während dieser ganzen Zeit immer Hoffnung und Zuversicht gegeben haben. Nicht zu vergessen, all jene, die hauptberuflich unter den außergewöhnlichen Corona-Bedingungen Großartiges geleistet haben. Und Ihnen allen möchte ich daher an dieser Stelle auch meinen großen Dank aussprechen!

Im Umgang mit Corona gab es keine Blaupause, wir mussten jeden Tag aufs Neue völlig neue, völlig andere Fragestellungen

klären und mit den Herausforderungen umgehen. Ich bin mir aber sicher, dass wir in Baden-Württemberg und ganz Deutschland auf einem guten Weg sind, um in eine neue Normalität zu gehen – keine Normalität ohne Corona, sondern eine Normalität mit Corona. Besonders wenn wir in andere Länder schauen, und sehen, was alles hätte passieren können, bin ich umso dankbarer, wie wir hier mit dieser Lage umgegangen sind.

Umsicht und Besonnenheit an erster Stelle

Corona – auch wenn das Virus scheinbar immer weniger präsent ist – geht nicht einfach so von heute auf morgen weg. Wir werden mit Corona leben müssen, jedenfalls bis ein wirksamer Impfstoff gefunden wurde. Deshalb auch mein Wunsch und mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diesen Erfolg, unseren Umgang mit dieser Lage, zu erhalten. Freilich, nicht jeder muss so besorgt sein wie die Regierung, wie wir Politiker – aber es wäre naiv, wenn wir nicht diese Umsicht und Besonnenheit an erste Stelle rücken würden.

Mitte Juni kam als ein wichtiges Instrument auch die Corona-App auf den Markt. Die Corona-Warn-App hilft uns festzustellen, ob wir in Kontakt mit einer infizierten Person geraten sind und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können wir Infektionsketten schneller unterbrechen. Und ich möchte Sie alle an dieser Stelle dazu aufrufen, sich diese App zu installieren – falls Sie das noch nicht getan haben. Ich selbst habe die Anwendung gleich am ersten Tag auf mein Smartphone geladen.

Unser Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung

Ein enorm wichtiges Frühwarnsystem ist unser Verfassungsschutz. Im Juni habe ich in Stuttgart den neusten Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Unser Leben in Freiheit ist zunehmenden Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Größte Bedrohung ist der Rechtsextremismus. Mit dem Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 hat sich eine Entwicklung konkre-

tisiert, vor der die Verfassungsschutzbehörden und ich selbst seit Jahren warnen.

Freilich bleibt die Bedrohung durch den islamistischen Terror weiter bestehen und der Linksextremismus ist am Erstarken. Deshalb ist so wichtig und deshalb gilt: Der Verfassungsschutz hat einen 360-Grad-Blick, um Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig zu erkennen und abzuwenden.

Wir stehen hinter unserer Polizei!

Die gewaltsamen Ausschreitungen, die wir in der Nacht vom 20. auf 21. Juni in Stuttgart erleben mussten, waren von einer in Baden-Württemberg bisher noch nie da gewesenen Brutalität. Und so etwas werden wir in unserem Land definitiv nicht dulden. Plünderungen, Randalen, Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten – das geht gar nicht! Das wird mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgt. Da gilt der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Da gilt null Toleranz!

Mehr als 280 Polizistinnen und Polizisten waren in dieser Nacht im Einsatz für unsere Sicherheit, 20 wurden auf brutale Weise verletzt. Insgesamt sind rund 24.000 Polizistinnen und Polizisten landesweit Tag und Nacht für unseren Schutz im Einsatz. Und wir wissen diesen Einsatz mehr als zu schätzen. Für uns als CDU ist ganz klar: Wir stehen vor und hinter unserer Polizei! Wir wissen, was wir an unserer Polizei haben. Wir unterstützen und respektieren unsere Polizei! Und wir sind dankbar für die Arbeit der Polizei – auch für den gefährlichen und schwierigen Einsatz in den frühen Morgenstunden des 21. Juni.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer! Und bleiben Sie vor allem gesund.

Herzliche Grüße

Ihr



Minister Thomas Strobl
Landesvorsitzender

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

Kandidat für den Bundesvorsitz

Armin Laschet MdL



Die CDU als Motor für mehr Fairness in unserem Land

„CDU überholt die Grünen in der Wählergunst“. So titelten die Stuttgarter Nachrichten in den Tagen der Krise über die politische Lage in Baden-Württemberg. In der Krise kommt es auf die CDU an. Und wir werden unserer Verantwortung gerecht – Tag für Tag geben wir unser Bestes, um unser Land mit Weitsicht aus dieser Krise zu führen.

Die Herausforderungen waren groß und werden riesig: Die alles verändernde Digitalisierung, die beschleunigte Globalisierung, der voranschreitende Klimawandel – und nun auch noch die Corona-Pandemie. Unser Antrieb bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ist das Ziel, dass es den Generationen nach uns einmal besser geht. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir Wohlstand, Nachhaltigkeit, Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden miteinander verbinden – und nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Kompass ist und bleibt das christliche Menschenbild: Es kommt auf den Einzelnen an, der sich erst in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Die Kernbausteine unserer Programmatik – das Christlich-soziale, das Liberale und das Konservative – haben uns schon durch manchen Sturm sicher geführt.

In der Zeit stehen, aber nicht mit jeder Mode gehen – das hat uns stark gemacht und damit haben wir Deutschland stark gemacht, im Bund wie in den Ländern. Unsere solide Haushalts- und Finanzpolitik war nicht immer beliebt, aber erst diese macht uns auch in diesen Tagen der großen Not als Staat so handlungsfähig. Mit einer konsequenten Nulltoleranz-Politik gegen Kriminalität, ob gelegen oder unlegen, schaffen wir Vertrauen in einen

starken Staat. Um unsere Unternehmen als tragende Säule unseres Wohlstands vorübergehend zu stützen, verstehen wir sie als Partner und nicht als Gegner.

Regieren heißt Entscheiden. Die CDU stellt das jeden Tag unter Beweis: Wir springen nicht auf den Zug der moralisierenden Anklagen etwa gegen die Auto-Industrie auf, sondern machen uns gemeinsam auf den Weg in eine technologieoffene, emissionsneutrale Mobilität. Wir fordern nicht nur Beauftragte oder erfinden neue Gesetze, sondern setzen mit beherzter Entbürokratisierung und Entfesselung neue Kraft und Kreativität für moderne Lösungen frei.

Die Politik der CDU braucht für ihre breite Verankerung die konsequente Einbindung der unterschiedlichen politischen Vereinigungen in unserer Partei. Daran müssen wir arbeiten. Die CDU unternimmt jeden Tag den Versuch, unterschiedliche Interessen und Perspektiven zu verbinden und zu versöhnen.

Nur so kann gelingen, was unser Land jetzt am dringendsten braucht: eine neue Fairness zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Arm und Reich, West und Ost. Damit unser Land zusammenhält, in der Krise und darüber hinaus.

Armin Laschet MdL

- » Geb. 18.02.61 in Aachen, verheiratet, drei Kinder
- » Jurist, Journalist, ehem. MdB und MdEP
- » 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- » Seit 2010 MdL, 2013 bis 2017 Fraktionsvorsitzender
- » Seit 2012 CDU-Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender
- » Seit 2017 Ministerpräsident

Kandidat für den Bundesvorsitz

Friedrich Merz



Mit unserem Parteitag in Stuttgart stellen wir die Weichen neu – inhaltlich und programmatisch, aber auch personell. Der 04. Dezember 2020 wird ein wichtiger Tag für die größte deutsche und europäische Volkspartei.

Wir haben tiefe Wurzeln und eine lange Geschichte. Beides hilft uns, auch in stürmischen Zeiten standfest zu sein und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Als christliche Demokraten wissen wir, dass wir eine Verantwortung haben, die über uns selbst hinausreicht. Wir waren die einzige wirkliche Neugründung einer politischen Partei nach dem zweiten Weltkrieg, und wir haben unser Land geprägt wie keine zweite Partei in Deutschland.

Wenn wir diese Prägekraft auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bewahren wollen, dann müssen wir die Veränderungen unserer Welt aufmerksam wahrnehmen und zugleich den Anspruch an uns stellen, selbst aktiver Teil und Motor dieser Veränderungen zu sein. Ich sehe vor allem drei große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen:

Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaften schwindet, und wir haben noch keine abschließende Antwort darauf, wie denn die Welt von morgen so gestaltet werden kann, dass Freiheit, Toleranz und Respekt, Solidarität und Gerechtigkeit auch in Zukunft die bestimmenden Werte unserer Gesellschaft bleiben. Insbesondere die Chancen für die junge Generation muss die CDU immer im Blick haben, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen.

Der technologische Wandel beschleunigt die Veränderungen unserer Arbeitswelt in einem Ausmaß, das wir erst langsam beginnen zu verstehen. Deutschland muss unter unserer Führung auch in Zukunft ein Land der Erfinder, der Innovationen, der neuen Ideen und

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz



der neuen Technologien sein. Der Klimawandel ist auch das Ergebnis unserer bisherigen Arbeits- und Lebensweise, und daher können wir den Gefahren des Klimawandels nur mit modernster und ressourcenschonender Technologie begegnen.

Zugleich sind wir Zeitzeugen einer geradezu tektonischen Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Die Europäische Union steht vermutlich vor ihrer größten Bewährungsprobe seit der Gründung. Die CDU muss die Europapartei in Deutschland bleiben und mit dafür Sorge tragen, dass Europa „weltpolitikfähig“ wird, das heißt Schritt halten kann mit den Entwicklungen, die ohne eine starke und geschlossene Haltung der Europäer schon mittelfristig unseren Wohlstand ebenso gefährden können wie unsere Freiheit und unsere Demokratie. Das Vertrauen, dass die CDU diese Aufgaben annimmt und lösen kann, müssen wir uns immer wieder von Neuem erarbeiten. Dafür stellen wir in Stuttgart im Dezember 2020 die Weichen.

Friedrich Merz

- » Geboren am 11.11.1955 in Brilon / Westfalen, verheiratet, drei Kinder
- » Rechtsanwalt, ehem. MdEP und MdB
- » 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.
- » 2005 bis 2014 Partner der Internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP, Chicago/Düsseldorf; seit 2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- » Seit 2019 Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Kandidat für den Bundesvorsitz

Dr. Norbert Röttgen MdB



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Die CDU hat sich in der Corona-Pandemie des Jahres 2020 bewährt. Dadurch ist Vertrauen wieder entstanden, das uns die Chance gibt, Deutschland auf allen Ebenen im Sinne christlich-demokratischer Werte zu prägen. Wir müssen nun dafür arbeiten, dieses Vertrauen zu erhalten, und wir müssen für unsere Ziele kämpfen. Das gilt allem voran für unser Selbstverständnis und für unser strategisches Ziel, die – inzwischen einzige – Volkspartei in Deutschland zu bleiben. Dies erfordert eine kompromisslose Abgrenzung nach links und rechts. Allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Grenze mit uns akzeptieren, machen wir ein politisches Angebot aus unseren christlich-demokratischen Werten heraus für die modernen Fragen unserer Zeit. Zu diesen Fragen gehören u.a. Migration und Klimawandel, die digitale Qualifikation unserer Arbeitnehmerschaft und die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Als CDU müssen wir den Anspruch haben, in allen Gruppen der Gesellschaft, vor allem in allen Altersgruppen, Mehrheiten zu erringen. Um von den jungen Menschen wahrgenommen zu werden, müssen wir Teil ihrer digitalen Kommunikation werden und das beste Angebot in den Kompetenzfeldern haben, die die Zukunft entscheiden: Innovationen, Ökologie, internationale Verantwortung.

Die Stärkung der Innovationskraft nicht zuletzt in unseren herausragenden mittelständischen Unternehmen ist die Basis für alles: unseren Wohlstand, unseren Sozialstaat und unsere internationale Stellung. Ökologie, Umwelt – und Klimapolitik sind kein Luxus in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern sie verkörpern die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens. Die Verbindung von ökonomischer und ökologischer Kompetenz muss unser Markenzeichen sein.

Die internationale Verantwortung Deutschlands wächst immer mehr. Das ist die Folge unserer Stabilität, des enormen internationalen Vertrauens in uns sowie des neuen Kampfes um internationale Macht. Jeder Nachfolger von Donald Trump hat es mit riesigen Herausforderungen im eigenen Land zu tun. Russland wird weiterhin keine Regeln für seinen Machtanspruch respektieren. China wird die Unterdrückung nach innen und die Machtambitionen nach außen weiter steigern. In dieser Umbruchphase steht Deutschland mit Frankreich im Zentrum der Aufgabe, die Selbstbehauptung Europas zu gewährleisten.

Die Diskussion über alle diese Fragen muss wieder in der CDU stattfinden. Eine lebendig diskutierende Partei ist eine Grundvoraussetzung dafür, in herausfordernden Zeiten die richtigen Antworten finden zu können. Genau dafür werden wir gebraucht, in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

Ihr Norbert Röttgen

Dr. Norbert Röttgen MdB

- » Geboren am 2. Juli 1965 (Meckenheim); verheiratet; zwei Söhne, eine Tochter
- » Rechtsanwalt, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestags
- » 2005 bis 2009 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- » Seit Januar 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Thomas Bareiß MdB

Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise

Liest man in diesen Tagen die Wirtschaftszeitungen, so fällt einem der Mut zum Optimismus nicht sonderlich leicht. Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft und besonders unseren Mittelstand sind gravierend. Wir befinden uns in der größten Rezession, an die sich unsere Generation erinnern kann. Ich war als Mittelstandsbeauftragter in den letzten Wochen und Monaten rund um die Uhr im Einsatz, habe mit Unternehmen, Soloselbstständigen, Verbänden, den baden-württembergischen Kollegen im Landtag, im Bundestag und den Bundesministerien gesprochen und ich weiß, wie prekär die Lage für viele ist.

Aus meinen eigenen beruflichen Erfahrungen, meiner langjährigen Tätigkeit als Wirtschaftspolitiker und durch meine jetzige Funktion, weiß ich um die überragende Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland: Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen zählen zum Mittelstand. Er reicht von Soloselbstständigen über Handwerksbetriebe, freie Berufe und Start-ups bis zu traditionsreichen Familienunternehmen. Der Mittelstand ist es, der über 80 Prozent der Ausbildungsplätze und knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stellt. Gerade in Baden-Württemberg ist der Mittelstand das wirtschaftliche Rückgrat. Bei uns arbeiten über 6,3 Millionen Menschen in der baden-württembergischen Wirtschaft, 4,3 Millionen im Dienstleistungssektor und 2 Millionen im produzierenden Gewerbe.

Bei diesen Zahlen wird klar: es steht viel auf dem Spiel. Die einzige Chance – die Krise umzukehren und gestärkt aus ihr hervor zu gehen – bedeutet gemeinsam anpacken, harte Arbeit, sinnvolle Innovation und entscheidende Investitionen in die Zukunft. Trotz vieler pessimistischer Stimmen muss man auch einmal klar sagen, dass wir in dieser Krise durchaus Handlungsfähigkeit bewiesen haben: Mit dem Konjunkturprogramm von 130 Milliarden Euro ist der großen Koalition ein wirklich großer Wurf gelungen. Es ist ein absolutes Kraftpaket und damit ein weiterer Rekord nach dem ersten Rettungsschirm mit über 150 Milliarden Euro. Es ist das umfassendste

Konjunkturprogramm seit dem zweiten Weltkrieg und soll Hebel und Impuls zugleich sein.

Das Konjunkturprogramm liefert wichtige Signale für die Wirtschaft in unserem Land und wird dem Mittelstand helfen und ihn stärken, insbesondere durch die steuerlichen Maßnahmen sowie die Absenkung der Energiekosten. Zum einen stellen wir mit der Überbrückungshilfe von 25 Milliarden Euro für den Mittelstand noch einmal weitere Hilfen für besonders betroffene Branchen bereit wie z.B. für das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Reisebüros. Hier zahlen wir mit substantiellen Zuschüssen zu den fixen Betriebskosten dazu. Dies und andere Maßnahmen verschaffen den Unternehmen unmittelbar mehr Spielraum.

„Das Konjunkturprogramm soll ein Aufbruchspaket für unsere Zukunft sein.“

Zum anderen stellen wir die Weichen dafür, dass Mittelstand und Industrie vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen mit Volldampf aus der Krise kommen können. Beispielsweise können Investitionen schneller abgeschrieben werden. Darüber hinaus werden Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent begrenzt. Die steuerliche Forschungszulage wird noch großzügiger ausgestaltet. Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte – weshalb wir kleine und mittlere Unternehmen finanziell mit einer Prämie unterstützen, die auch in der Pandemie weiter ausbilden. Wir erhöhen die Bemessungsgrundlage für Forschung und Entwicklung in der KfZ-Zuliefererindustrie. Nicht zuletzt entlasten wir die Verbraucher und kurbeln die Nachfrage an, etwa durch die Senkung der Mehrwertsteuer. Dieser nur kleine Ausschnitt des Paketes zeigt: Wir haben die Möglichkeiten mit den wirtschaftlichen

Herausforderungen und den Schwierigkeiten der Corona-Pandemie umzugehen und haben den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung gelegt.

Aber das Konjunkturprogramm soll nicht nur stärken und gestalten, es soll auch ein Aufbruchspaket für unsere Zukunft sein. Aus diesem Grund wurden nicht nur klassische Konjunkturmaßnahmen in das Aufbruchspaket mit aufgenommen, sondern vielmehr Fördermaßnahmen, die einen Modernisierungsschub auslösen sollen. Investiert werden soll in Innovationen, etwa in die Digitalisierung, die Quantentechnologie oder die Nutzung von Wasserstoff. Hierbei sehe ich in der technologischen Führungsrolle für Baden-Württemberg enormes Potential.

Wir werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch eine ganze Weile spüren, aber wir haben mit dem Konjunktur- und Zukunftsprogramm das Hochfahren unserer Wirtschaft mit einem Paukenschlag eingeleitet.



Thomas Bareiß MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Als Tourismusbeauftragter der Bundesregierung sowie Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand kennt er die unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf unser Land. Bareiß ist Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

Die Spitzenkandidatin

Dr. Susanne Eisenmann

Behutsam zu mehr Normalität

Erfolgreich haben wir die Verbreitung des neuartigen Corona-Virus stark verlangsamt. Dank unseres entschlossenen Handelns als Union auf Bundes- wie auf Landesebene und unserer aller Disziplin haben wir eine Überlastung unserer Krankenhäuser mit ähnlich schlimmen Bildern wie in Italien oder Spanien verhindert. Inzwischen bewegt sich die Zahl der Neuinfektionen stabil auf einem niedrigen Niveau. Das ist erfreulich und ermöglicht uns als Landesregierung schrittweise weitere Lockerungen. Allerdings dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen und leichtsinnig werden: das Virus ist nicht verschwunden. Wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Situation, die allen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg viel abverlangt.

Dass wir im März das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt und auch die Schulen und Kindertagesstätten geschlossen haben, waren für mich zentrale Faktoren, um die Pandemie einzudämmen. So sehr diese drastischen Schritte auch wirkten, so schwer waren sie uns aus wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Sicht gefallen.

Für mich ist sehr frühzeitig klar gewesen: Wir müssen alles daran setzen, unseren kleinen und mittleren Betrieben zu helfen und unsere mittelständisch geprägten Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, um sie in die Zukunft überführen und Arbeitsplätze sichern zu können. Es ist sinnvoller und nachhaltiger, eine Welle der Insolvenzen zu verhindern, als nach der Krise neue Strukturen aufzubauen. Deshalb bin ich froh, dass wir als CDU – auf meine Initiative hin – einen Rettungsschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro gegen den zögerlichen grünen Koalitionspartner durchgesetzt und aufgespannt haben. Ein Paket des Landes Baden-Württemberg für Baden-Württemberg.

Richtig gut finde ich auch das 130 Milliarden Euro schwere Paket, das der Bund geschnürt hat. Es setzt starke Anreize gegen die Rezession, beinhaltet Impulse für den digitalen und ökologischen Fortschritt, hilft vor Ort durch den Ausgleich der Gewerbesteuer-Ausfälle für Kommunen und entlastet Unternehmen

und Verbraucher, zum Beispiel bei den Stromkosten. Wir müssen nun schauen, wo und wie wir als Land dieses Paket noch klug und passgenau ergänzen können. Denn klar ist: Je mehr Unternehmen die Krise überleben und je mehr Arbeitsplätze erhalten bleiben, desto schneller kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Situation hat uns in den vergangenen Monaten beschäftigt. Als Kultusministerin habe ich die Verantwortung für rund 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler und mehr als 400 000 Kinder im Kindergartenalter. Dass die Kitas und Schulen über viele Wochen geschlossen bleiben mussten und zunächst nur eine Notbetreuung möglich war, war insbesondere für Familien mit kleineren Kindern enorm belastend. Für die Kinder sind Kontakte mit Gleichaltrigen, gerade auch für die seelische Gesundheit, sehr wichtig. Auch der Unterricht vor Ort, der Kontakt mit Lehrern und die Schule als Begegnungsstätte sind nicht so einfach zu ersetzen. Dieser Aspekte bin ich mir bewusst. Doch wir haben es nun mal mit einem Virus zu tun, das sich rasant verbreitet, in manchen Fällen tödlich verläuft und über das nur wenig bekannt gewesen ist. Und der Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Jugendlichen, aber auch unserer pädagogischen Fachkräfte geht vor.

Ich habe auch großes Verständnis für die Eltern, die die Belastungsgrenze durch Job und Kinderbetreuung überschritten hatten und – mitunter auch aggressiv – eine umgehende Öffnung der Einrichtungen forderten. Lieber gestern als heute. Ganz so, als gäbe es das Virus nicht (mehr). Aber es gibt eben auch andere Eltern, die Angst um ihre Kinder haben, denen die schrittweise Öffnung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schnell geht.

Dies ist das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Die Abwägungsprozesse sind schwierig. Für die Corona-Pandemie gibt es nun mal keine Blaupause. Verantwortliche Politik ist, alle Argumente anzuhören, abzuwägen und dann besonnen, klug und behutsam zu entscheiden.

Umso mehr freue ich mich, dass wir seit Ende Juni bei den Kindertagesstätten, den Kindertageseltern und Grundschulen zu einem Regelbetrieb – ohne Abstandsregelungen, aber mit festen Gruppen und einem Hygienekonzept – zurückkehren konnten. Die Grundlage für die Entscheidung, die Einrichtungen vollständig zu öffnen, bildet die Heidelberger Kinderstudie, die andere Studien aus dem In- und Ausland bestätigt hat. Sie besagt, dass Kinder bis zehn Jahren seltener mit dem Virus infiziert sind als ihre Eltern und keine besonderen Treiber des Infektionsgeschehens darstellen.

In den weiterführenden Schulen wechseln sich seit den Pfingstferien für alle Klassenstufen das Fernlernen und der Präsenzunterricht in der Schule ab. Dieses rollierende System muss leider sein, weil auf Basis der Einschätzung von Gesundheitsexperten weiter Abstands- und Infektionsschutzregeln gelten. Das Ziel von mir ist aber, nach den Sommerferien auch in den weiterführenden Schulen mehr Präsenzunterricht zu ermöglichen und möglicherweise sogar zu einem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu kommen.

Solange es keinen Impfstoff gibt, müssen wir uns – in der Schule wie in allen anderen Lebensbereichen – behutsam zu mehr Normalität vorantasten. Wir müssen weitere Strategien entwickeln, wie wir neue weitreichende Infektionswellen verhindern, unsere älteren Menschen und Risikogruppen schützen und andererseits unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen nicht zerstören. Lassen Sie uns diesen Weg weiter gemeinsam gehen!

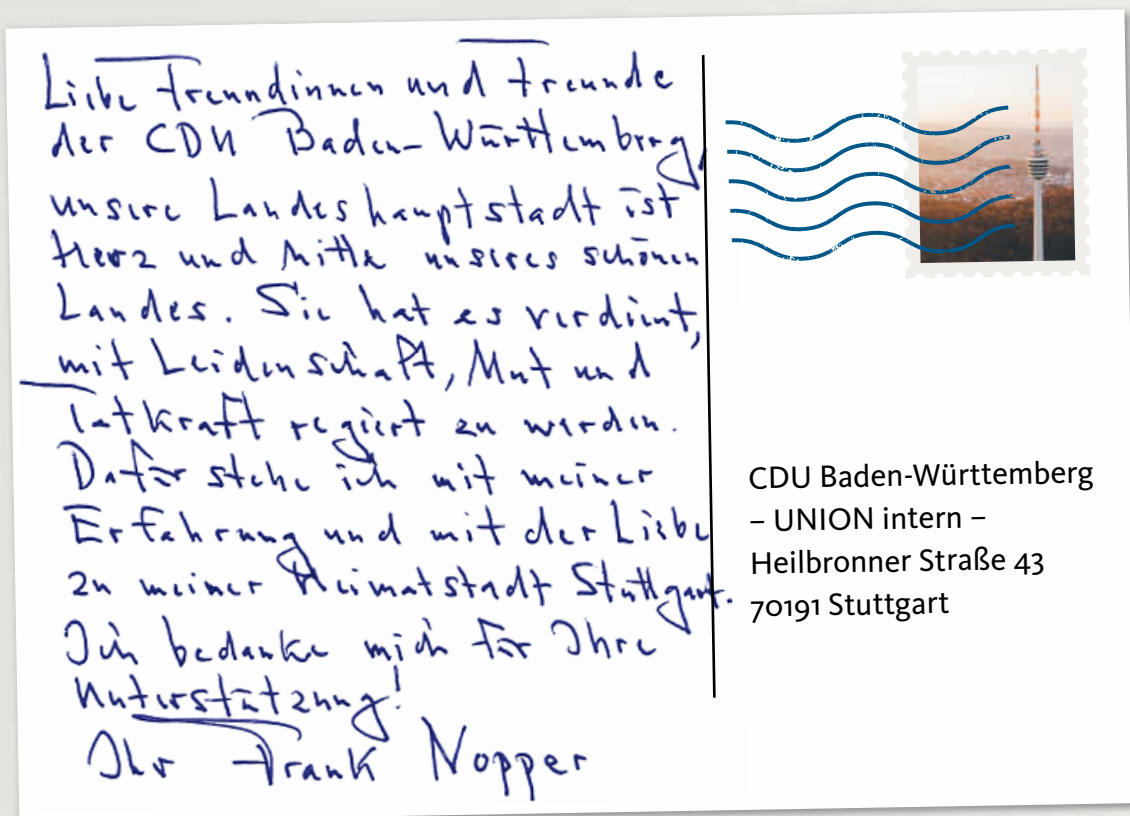


Dr. Susanne Eisenmann
ist seit 2016
Ministerin für
Kultus, Jugend und
Sport und unsere
Spitzenkandidatin
zur Landtagswahl
2021.

Persönliches / Aus dem Landesverband

Postkarte von...

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper



CDU Baden-Württemberg
– UNION intern –
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart



Dr. Frank Nopper ist seit 2002 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Backnang. Er wurde 2010 mit 86,8 % und 2018 mit 87,1 % im Amt bestätigt. Das in Stuttgart geborene und aufgewachsene CDU-Mitglied kandidiert im November 2020 bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Das **Spendenkonto** des CDU-Kreisverbandes Stuttgart bei der Baden-Württembergischen Bank für die OB-Wahl 2020 lautet:
DE 41 6005 0101 0405 3305 02 (Spendenbescheinigung möglich).

Gespräch der CDU Baden-Württemberg mit Vertretern von DGB und IG Metall

Arbeitsplätze sichern und zukunftsfest machen

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft haben sich der Landesvorsitzende, Minister Thomas Strobl, und der Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, mit dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, Martin Kunzmann, dem Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, und der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart, Nadine Boguslawski, zu einem Gespräch getroffen. Teil des Gesprächs, das im Willi-Bleicher-Haus stattfand, war zudem eine Solidaritätsbekundung der beiden Politiker angesichts des extremistischen Anschlages auf das DGB-Gebäude wenige Tage zuvor.

„Mit der Corona-Krise stehen wir im Hinblick auf die Arbeitswelt vor großen Herausforderungen. Bei der Beantwortung dieser Fragen zur Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben die Gewerkschaften eine

wichtige Funktion. Sie setzen sich im Sinne des christlichen Menschenbildes für faire und gerechte Arbeitsbedingungen für möglichst viele Beschäftigte in unseren Unternehmen ein“, so die beiden Politiker übereinstimmend.

Im Fokus des Gesprächs standen daher die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft und deren Beschäftigte. Ein Schwerpunkt war die für Baden-Württemberg so wichtige Automobil- und Zulieferindustrie. „Das vom Koalitionsausschuss des Bundes beschlossene Kraftpaket ist ein großer Wurf von historischem Ausmaß. Damit haben wir einen guten Weg eingeschlagen, den wir nun konsequent und klug mit Blick auf unsere konkreten Bedürfnisse in unseren Schlüsselindustrien wei-



tergehen und ergänzen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir in den Unternehmen alles für den Erhalt der Arbeitsplätze tun“, sagte Thomas Strobl.

Manuel Hagel MdL betonte: „Eine Krise löst man mit Handlungsfähigkeit und Optimismus. Daher haben wir bereits die Beratungen auf Landesebene aufgenommen, um das Kraftpaket des Bundes in Baden-Württemberg bestmöglich zu ergänzen.“

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die Corona Pandemie hat in unvorstellbar kurzer Zeit unsere Lebensgewohnheiten stark verändert. Die großen Aschermittwoch-Parteiveranstaltungen waren die letzten Versammlungen mit einer großen Besucherzahl. Jetzt heißt es Abstand zu halten. Vergleichen wir die Verläufe der Krise mit anderen Ländern, dann lässt sich nach meiner Ansicht bereits heute sagen, dass Deutschland gut auf die Herausforderungen reagiert hat und schlimmeres verhindert werden konnte. Bund, Länder und Kommunen haben schnell und mit wirksamen Maßnahmen die Ausbreitung verlangsamt. Das deutsche Gesundheitssystem ist leistungsstark und hat bewiesen, in einer Krisensituation gut aufgestellt zu sein. Unser Dank gilt allen, die an ihrer jeweiligen Stelle schnell gehandelt haben und durch ihren Arbeitseinsatz zur Bewältigung der Krise beigetragen haben.

Es ist aber auch klar, dass uns die Auswirkungen der Corona Pandemie noch lange begleiten werden. Die wirtschaftlichen Einschnitte waren und sind enorm und müssen in den nächsten Jahren abgearbeitet werden. Richtig ist, dass wir durch staatliche Hilfen möglichst viele Nachteile für die Bürgerinnen und Bürger abmildern und dadurch wieder stark aus dem Krisenmodus starten können. Die hierzu notwendigen Kredite müssen aber möglichst schnell auch wieder getilgt werden, damit nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielräume erhalten bleiben.

Ich hoffe, dass die Erkenntnisse der letzten Monate uns helfen werden, politische Priori-

täten zu setzen. Ein noch schnellerer Ausbau der digitalen Kommunikation im Bildungsreich, der Arbeitswelten und im Privaten, die Stärkung der nachbarschaftlichen Hilfen, ein dezentral gut organisiertes und ausgestattetes Gesundheitswesen, bis hin zur Frage, welche Verzichtseinschränkungen eine Bereicherung unseres Lebens bedeuten können. Grundsätzlich behält die Weisheit ihre Richtigkeit, dass jede Krise auch eine Chance bedeutet, unser persönliches aber auch politisches Handeln neu auszurichten.

Die CDU in Deutschland und in Baden-Württemberg hat bewiesen, dass unsere Inhalte die oft unterschiedlichen Belange der Bevölkerung am besten zueinander ins Verhältnis setzen und somit zur Stärke unseres Landes beitragen. Ich hoffe, dass in den nächsten Wochen unsere Nominierungen für die Bundes- und Landtagswahl 2021 stattfinden können. Mit Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB wollen wir weiterhin stark im Bund vertreten sein. Für die Landtagswahl hat der CDU-Kreisvorstand mit Diana Arnold und Christoph Naser ein junges und starkes Team vorgeschlagen, damit die Tübinger Region wieder stärker in Stuttgart beachtet werden wird.

Ich wünsche Ihnen allen, dass sie weiterhin gesund bleiben und trotz allen Abstandsgeboten viele Beziehungen im Familien- und Freundeskreis pflegen können.

Stephan Neher
CDU-Kreisvorsitzender



Foto: Stephan Neher

Einladungen

Einladung zur Wahlkreismitgliederversammlung

An die CDU-Mitglieder im Bundestagswahlkreis 290 Tübingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute darf ich Sie an die Einladung erinnern, die Ihnen bereits postalisch zugegangen ist, zur

Wahlkreismitgliederversammlung zur Aufstellung des / der Bewerbers/-in für den Wahlkreis 290 Tübingen sowie zur Wahl der Vertreter für die Bezirksvertreterversammlung und die Landesvertreterversammlung zur Bundestagswahl 2021 am Freitag, 24. Juli 2020 um 19:00 Uhr, in der Krebsbachhalle Bodelshausen, Gerstlaich 1, 72411 Bodelshausen.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen – Änderungen zur postalisch zugestellten Einladung vorbehalten:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung
3. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Wahl
 - a. eines Versammlungsleiters / einer Versammlungsleiterin
 - b. eines Schriftführers / einer Schriftführerin
 - c. des weiteren Tagungspräsidiums
 - d. einer Wahlkommission
6. Wahl von zwei Versammlungsteilnehmern als Zeugen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und zur Abgabe einer Versicherung an Eides statt (§ 21 Abs. 6 Bundeswahlgesetz)
7. Wahl einer Vertrauensperson und einer stellvertretenden Vertrauensperson zur Einreichung des Wahlvorschlags (§ 22 Bundeswahlgesetz)
8. Wahl der Vertreter und der Ersatzvertreter zur Bezirksvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag
9. Wahl der Vertreter und der Ersatzvertreter zur Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag
10. Aufstellung des / der Bewerbers/-in für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag
 - a. Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen
 - b. Aussprache
 - c. Wahl des Bewerbers / der Bewerberin
11. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Wahl
11. Verschiedenes
12. Schlusswort

Bitte beachten Sie, dass bei dieser Veranstaltung nach gesetzlichen Vorschriften nur diejenigen CDU-Mitglieder stimmberechtigt sind, die am Tage der Versammlung das 18.

Lebensjahr vollendet haben, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Wahlkreis wahlberechtigt sind.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Bareiß MdB
Bezirksvorsitzender
CDU-Württemberg-Hohenzollern

Zum Wahlkreis 290 Tübingen gehören die Städte und Gemeinden

im Landkreis Tübingen: Ammerbuch, Bodelshausen, Dettenhausen, Dußlingen, Gomaringen, Hirrlingen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Mössingen, Nehren, Neustetten, Ofterdingen, Rottenburg am Neckar, Starzach und Tübingen.

Im Landkreis Zollernalbkreis: Bisingen, Burladingen, Grosseilingen, Hechingen, Jungingen und Rangendingen.

Hinweis

Mit der Teilnahme an unserer Veranstaltung erklären Sie sich einverstanden, dass Fotos und Filmaufnahmen von Ihnen im Rahmen der Dokumentation dieser Veranstaltung und zu Werbezwecken in allen bekannten und unbekannten Nutzungsarten, zeitlich und räumlich unbegrenzt durch die CDU genutzt werden dürfen. Sollten Sie mit der Veröffentlichung von Bildern Ihrer Person nicht einverstanden sein, bitten wir um unmittelbare Mitteilung beim Gästeservice zu Beginn der Veranstaltung. Ihnen werden dann gesonderte Plätze zugewiesen.

Kontaktdaten für Rückfragen:

CDU-Kreisgeschäftsstelle Tübingen,
Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen
Telefon: 07071/32314
E-Mail: mail@cdu-tuebingen.org

Wir freuen uns sehr, dass die Corona-Verordnungen schrittweise und verantwortungsvoll gelockert werden konnten und Veranstaltungen, wenn sie der Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes zu dienen bestimmt sind, wieder erlaubt sind.

Die Wahlkreismitgliederversammlung am 24.07.2020 findet unter Einhaltung der geltenden **Infektionsschutzmaßnahmen** statt. Bitte beachten Sie dazu die **Hygieneempfehlungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer** unserer Nominierungen.



Hygieneempfehlungen bei Nominierungen

Hinweise für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Nominierungsversammlungen

Im Vorfeld der Versammlung

 Nehmen Sie für das Ausfüllen der Stimmzettel einen **eigenen Kugelschreiber** mit, um diesen nicht mit anderen Teilnehmern teilen zu müssen.

 Nehmen Sie einen **Mund-Nasen-Schutz** mit zur Versammlung und ziehen diesen vor Betreten der Versammlungsräumlichkeiten auf.

 Verhalten Sie sich verantwortlich und verzichten Sie auf eine Teilnahme, wenn Sie **Krankheitssymptome** zeigen oder Kontakt zu einem COVID-19-Infizierten hatten.

Vor Ort bei der Versammlung

 **Desinfizieren** Sie bei Betreten des Versammlungsortes Ihre Hände oder waschen Sie diese gründlich mit Seife.

 Achten Sie vor Ort stets auf die ständige Einhaltung eines ausreichenden **Sicherheitsabstands** von mindestens 1,50 Metern. Verzichteten Sie auf Händeschütteln und andere Berührungen.

 Tragen Sie vor Ort einen **Mund-Nasen-Schutz** – wenn möglich während der gesamten Versammlung; mindestens aber, wenn Gefahr besteht, dass der Sicherheitsabstand von 1,50 Metern nicht eingehalten werden kann.

 Diejenigen, die an der **Stimmauszählung** teilnehmen, müssen auch dort auf den Sicherheitsabstand achten und nach Möglichkeit einen Mund-Nasen-Schutz tragen.



kaufinBW

Deine lokalen Lieblingsgeschäfte online.

Aus Liebe zur Heimat.

»kaufinBW ist der Online-Marktplatz für Baden-Württemberg und unterstützt die Digitalisierung lokaler Unternehmen.

Ein vielfältiges Einkaufserlebnis mit Cashback-Bonusprogramm, großem Servicevorteil und breiter Produktauswahl erwartet dich.«

Aktuell sind bereits über 100 Anbieter dabei, die wir nach und nach online schalten – und es kommen ständig neue dazu. kaufinBW bündelt die Kräfte der Anbieter aus der Region. Denn nur gemeinsam können wir große Ziele erreichen.

Jetzt in der Heimat shoppen

[kaufinbw.de](https://www.kaufinbw.de) ▶

Aus dem Europäischen Parlament

Norbert Lins: Stückwerk oder Strategie?

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU, die Farm to Fork-Strategie ist die langfristige Vision der Europäischen Kommission für eine nachhaltige Nahrungsmittelkette. „Vom Hof auf den Tisch“, so kann man diese Strategie auf Deutsch übersetzen, die ich begrüße und unterstütze. Zugleich ist diese Strategie für mich noch nicht wirklich zu Ende gedacht.

Für die europäische Landwirtschaft ist Versorgungssicherheit enorm wichtig. Das wissen wir nicht erst seit der Corona-Krise, doch die Krise hat uns die Probleme deutlich vor Augen geführt. Zu große Abhängigkeiten vom Ausland sind weder in der Nahrungsmittelproduktion noch bei der Produktion von Medikamenten sicher. Und eben auch nicht zuverlässig.

Wir stehen in der Landwirtschaft vor großen Herausforderungen, das kann ich nur immer wieder betonen. Ich hätte mir daher gewünscht, dass sich die Kommission mehr Zeit nimmt für die entscheidenden Folgenabschätzungen auf die langfristige Versorgungssicherheit. Das Papier der EU-Kommission ist mehr Stückwerk als Strategie. Anstatt die ganze Lebensmittelkette anzuschauen, liegen der Fokus und die Verantwortung hauptsächlich auf der „Farm“ – das ist weder fair noch erfolgsversprechend. Für einen langfristig nachhaltigen Wandel müssen alle Akteure vom Hof über die Verarbeitung bis zum Tisch an einem Strang ziehen. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden an der Ladentheke, welche Landwirtschaft sie unterstützen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass vor allem die Stimme der Landwirtschaft gehört wird.

Gemeinsam mit Christine Schneider, EVP-Berichterstatlerin im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), habe ich als Vorsitzender des Agrarausschusses sowohl zur Farm to

Fork-Strategie als auch zur Biodiversitätsstrategie drei Ziele formuliert: Wir wollen sichere und nährstoffreiche Lebensmittel mit hoher Qualität, nachhaltige und transparente Versorgungsketten sowie eine Lebensmittelkennzeichnung, die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt verantwortungsbewusst zu entscheiden.

Diese Forderungen spiegeln unsere sechs Kernziele wider, die ich Ihnen gerne vorstellen möchte:

1. **Nachhaltige, leistungsfähige und klimangepasste Lösungen für langfristige europäische Versorgungssicherheit.** Die EU muss ihre Bevölkerung auch in Krisensituationen sicher ernähren können.
2. **Wettbewerbsfähige Landwirtschaft:** Anreize anstatt Bürokratie - Unsere Landwirtschaft und der Ernährungssektor verdienen Wertschätzung für ihre Arbeit. Anstatt den Sektor mit zusätzlichen Auflagen zu überfluten, sollten wir sie dabei unterstützen, die notwendigen Investitionen und Veränderungen für die Zukunft zu treffen. Das geht durch die Förderung von Investition und Innovation, den Abbau von Bürokratie und Mut für neue (Züchtungs-)Technologien.
3. **Marktorientierte Zielkorridore:** Das Maß aller Dinge sollte nicht eine bestimmte Zahl X, sondern eine Spanne von A bis B sein. Dies erhöht die Akzeptanz aller Akteure, geht auf den Bedarf und die Nachfrage von Verbraucherinnen und Verbrauchern ein, erlaubt Flexibilität bei Extremsituationen (Klimaveränderungen, Krisen) und ist nicht minder ambitioniert. Diese Zielkorridore sollen v.a. bei der Diskussion um Pflanzenschutz, Düngemittel und Bioanbauflächen zum Tragen kommen.

4. **Bioanbauflächen und Schutzgebiete:** Ökologischer Anbau soll nachfragegerecht gefördert werden, da dieser sonst zu Preisdumping und Überproduktion führt. Wir setzen uns dafür ein, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt um die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Bei Bewirtschaftungsauflagen muss es in Absprache mit dem landwirtschaftlichen Nutzer einen finanziellen Ausgleich für die eingeschränkte Nutzung geben.
5. **Qualität und Nachhaltigkeit hat seinen Preis:** Lebensmittelpreise sollten Transport- und Produktionskosten gerecht widerspiegeln. Wir wollen faire Handelspraktiken und strenge Maßnahmen gegen Lebensmittelfälschung und für faire Bezahlung der Akteure in der Lebensmittelkette. Das umfasst Kosten für mehr Regionalität, mehr Kreislaufwirtschaft, tiergerechten Transport, Haltung und Schlachtung und Ökoefforderungen.
6. **Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden mit ihrem Kaufverhalten, welche Landwirtschaft sie fördern.** Deshalb müssen sie gut informiert werden, um bewusste Entscheidungen bezüglich ihrer Ernährung treffen zu können. Diese Bildung trägt zu einer gesunden Ernährung, weniger Lebensmittelverschwendung und weniger ernährungsbedingten Krankheiten bei.

Lassen Sie uns im Gespräch bleiben zu diesem und den weiteren wichtigen Themen wie dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und auch der Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie.

Mit besten Grüßen
Ihr Norbert Lins

NUSSBAUM⁺Club

Das Bonusprogramm für über 2 Millionen Baden-Württemberger.

Nussbaum Club - so sparen Sie in Ihrer Umgebung und darüber hinaus. Weitere Infos zum Club unter:

www.lokalmatador.de/vorteilsclub ▶



Norbert Lins erkennt in der Farm to Fork-Strategie bisher eher ein Stückwerk als eine Strategie.

Foto: © Europäisches Parlament / Sebastien Pirlet

Farm to Fork-Strategie

Die „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie ist Teil des Europäischen Grünen Deals mit seinem EU-Klimaneutralitätsziel bis 2050. Sie ist eng an die neue Biodiversitätsstrategie 2030 gekoppelt. Das EU-Lebensmittelsystem soll belastbarer und widerstandsfähiger werden gegen zukünftige Krisen wie jetzt Covid-19 und auch gegen immer öfter auftretende Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Dürren.

Diese Strategie soll bestehende EU-Rechtsvorschriften ergänzen und die gesamte Lebensmittelversorgungskette abdecken. Die Hauptziele für 2030 sind die Verringerung des Einsatzes und des Risikos von Pestiziden um 50 %, die Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln um mindestens 20 %, die Verringerung des Verkaufs antimikrobieller Mittel für Nutztiere und Aquakultur um 50 % sowie das Ziel einer ökologischen Bewirtschaftung von 25 % der landwirtschaftlichen Flächen.

Infobrief aus dem Europäischen Parlament

Kennen Sie schon meinen Infobrief? Jeden Monat berichte ich darin über meine Arbeit im Europäischen Parlament und informiere über die aktuellen Themen. Sie können den Infobrief bequem über meine Website www.norbert-lins.de abonnieren. Selbstverständlich können Sie sich auch jederzeit wieder davon abmelden.

Annette Widmann-Mauz MdB: Es geht voran bei Mobilität und Infrastruktur

Nach längerer Bauphase war es am 8. Mai endlich so weit: Die neuen, barrierefreien Aufzüge am Bahnhof Ergenzingen gingen in Betrieb. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Stephan Neher, der hauptamtlichen Ortsvorsteherin Daniela Quintana Leiva, der Vorsitzenden der Ortschaftsratsfraktion „Bürger für Ergenzingen“ Renate Holzmann sowie dem Vorsitzenden der Ortschaftsratsfraktion „CDU und Unabhängige Bürger“ Reinhold Baur machte sich Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB am 18. Mai selbst vor Ort ein Bild von den neuen Aufzügen, für die sie sich in der Vergangenheit sehr stark gemacht hatte. Wegen seiner ungünstigen Zugangsbedingungen stand der Bahnhof lange in der Kritik. „Der jahrelange Einsatz beim Bund, der Bahn und beim Land Baden-Württemberg haben sich ausgezahlt. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, dieses Mobilitätshindernis für die Ergenzinger zu überwinden“, so Widmann-Mauz.

Was lange währt, ... kommt endlich an: Am selben Tag erreichte der „Zukunftsscheck Elektromobilität“ des Bundesverkehrsministeriums das Landratsamt Tübingen. Landrat Joachim Walter nahm die Urkunde und den damit verbundenen Förderbescheid für den Landkreis in Höhe von 32.247 Euro aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur entgegen. Dieses fördert Kommunen und Landkreise bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen und einer entsprechenden Ladeinfrastruktur. Gegenstand des Programms im Umfang von 1,5 Milliarden Euro sind daneben auch Maßnahmen für die

Digitalisierung von Verkehrssystemen sowie zur Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV mit Abgasnachbehandlungssystemen.

Neben Fortschritten bei barrierefreier Mobilität und Luftreinheit dürfen sich in diesem Sommer auch die Radfahrerinnen und Radfahrer in der Region freuen: Bei schönstem Fahrradwetter eröffnete Staatsministerin Widmann-Mauz für das Bundesverkehrsministerium am 30. Mai den neuen, 650 Meter langen Abschnitt des Neckartalradweges bei Kirchentellinsfurt. Die Baukosten von insgesamt rund 1,2 Millionen Euro trägt größtenteils der Bund. Die Gemeinde Kirchentellinsfurt sowie der Landkreis Tübingen beteiligen sich mit 11.500 bzw. 10.000 Euro. „Ich freue mich sehr, dass wir pünktlich zum Start in den Sommer diesen wichtigen Abschnitt auf dem Neckartalradweg eröffnen können, der bei Radfahrern äußerst beliebt ist. Bislang musste der Radverkehr bei Kirchentellinsfurt über die vielbefahrene Kreuzung Wannweiler Straße/Kusterdinger Straße laufen. Mit dem neuen Radweg ist das nun vorbei. Künftig wird der Radfahrer unter der Neckarbrücke der Wannweiler Straße und mit einer eigenen Brücke über die Echaz geführt. Das ist gut investiertes Geld in die Verkehrsinfrastruktur und die Verkehrssicherheit von Radfahrern. Davon profitiert letztlich auch der Tourismus und damit die Attraktivität unserer Region“, betonte Staatsministerin Widmann-Mauz. Die Arbeiten zum Bau des neuen Radwegabschnitts hatten Ende September 2019 begonnen. Dank des milden Winters gelang es, die Arbeiten rund zwei Monate früher als vorgesehen abzuschließen.

„Bei all diesen guten Nachrichten für unsere Region müssen wir jetzt auch in Sachen B27 weiter vorankommen. Bei der Ortsumfahrung Tübingen (Schindhaubasistunnel) hoffe ich bald auf den Gesehenvermerk aus dem Bundesverkehrsministerium – dafür habe ich auch bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer noch einmal Druck gemacht“, erklärt Widmann-Mauz. „Beim Abschnitt Bodelshausen-Nehren ist mit der Auslegung der Planungfeststellungsunterlagen Mitte Juni eine weitere Hürde genommen.“



Foto: Regierungspräsidium Tübingen



Foto: Büro Annette Widmann-Mauz

Aus dem Deutschen Bundestag



Foto: Büro Annette Widmann-Mauz

Virtueller Austausch mit den Bürgermeistern und dem Gastgewerbe

Die Corona-Pandemie hat viele Wirtschaftszweige in den vergangenen Monaten hart getroffen. Insbesondere das Gastgewerbe – Hotels, Restaurants und Gaststätten – gehören zu den mit am stärksten von den Auswirkungen der Krise betroffenen Betrieben. Auch in der Region Neckar-Alb kämpfen viele Unternehmen aufgrund von Schließungen und Umsatzeinbrüchen um ihre wirtschaftliche Existenz. Darüber, wie die Branche in der Region noch besser unterstützt werden kann, sprach Staatsministerin Annette Widmann-Mauz in einer Videoschaltkonferenz mit Mitgliedern des DeHoGa-Vorstands Tübingen, mit IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Epp sowie Landrat Joachim Walter. Klar wurde dabei, dass die Öffnungen und Lockerungen im Gastgewerbe noch lange nicht alle Probleme lösen, solange Gäste und Besucher trotzdem ausbleiben. Auch wurde über weitere mögliche Hilfen des Bundes gesprochen. „Ich freue mich sehr, dass sich viel von dem, was im Gespräch an mich herangetragen wurde, nun auch im Konjunkturpaket der Bundesregierung wiederfindet. Neben den Soforthilfen, Kreditprogrammen und Steuerstundungen unterstützen wir kleine und mittlere Unternehmen mit einem Überbrückungsprogramm in Höhe von 25 Mrd. Euro. Dieses richtet sich besonders an Branchen, die wie die Gastronomie auch nach dem Wiederhochfahren des öffentlichen Lebens mit ihren Einnahmen die Fixkosten nicht werden decken können. Damit stärken wir dem Mittelstand – dem Rückgrat unserer Wirtschaft – den Rücken“, so die Staatsministerin.

Die Corona-Pandemie verlangt auch den Kommunen sehr viel ab. Aufgrund fehlender Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben für Gesundheit und Soziales stehen fast alle Kommunen vor riesigen finanziellen Herausforderungen. Auch das Thema Kita- und Schulöffnungen und die Rückkehr zum

Regelbetrieb bleiben umstritten. Über die aktuelle Situation vor Ort und darüber, wie Bund und Land gezielt helfen können, tauschte sich Staatsministerin Widmann-Mauz in einer Videokonferenz mit Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus dem Wahlkreis, dem Regierungspräsidium Tübingen und den Landräten Joachim Walter und Günther-Martin Pauli aus. Auch hier unterstützt das Konjunkturpaket der Bundesregierung: Um den finanziellen Spielraum der Kommunen zu erweitern, wird der Bund mit den Ländern die aktuellen Gewerbesteuer ausfälle hälftig kompensieren und dauerhaft den weit überwiegenden Teil der Kosten der Unterkunft und Heizung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende übernehmen. Zugleich fließen Mittel, damit Kommunen mehr in die Digitalisierung ihrer Verwaltung, in Kitas und Sporthallen investieren können.



Foto: Büro Annette Widmann-Mauz



Foto: Büro Annette Widmann-Mauz

Die Integrationsbeauftragte in Zeiten von Corona

Auch der politische Alltag der Staatsministerin und Integrationsbeauftragten der Bundesregierung hat sich durch die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Einschränkungen sehr verändert. Vieles, was bislang persönlich stattfand, musste in digitale Formate verlegt werden. So etwa führte die Staatsministerin in den letzten Wochen verschiedene Videokonferenzen mit den Migrantenorganisatio-

nen und Wohlfahrtsverbänden in Deutschland durch, um drängende Anliegen zu erörtern. Auch ein digitales Fastenbrechen während des Ramadan gehörte dazu.



Foto: Büro Annette Widmann-Mauz

Als Mitglied der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ beriet die Staatsministerin zusammen mit Wirtschaftsminister Altmaier, Arbeitsminister Heil und Bildungsministerin Karliczek, der Bundesagentur für Arbeit, Vertreterinnen der Länder, verschiedener Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften über einen „Schutzschirm für die Ausbildung“ und verabschiedete eine gleichlautende Gemeinsame Erklärung. Diese sichert bestehende Ausbildungsverträge ab und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für das neue Ausbildungsjahr im Sinne der Ausbildungschancen der jungen Generation und der Fachkräftesicherung in den Betrieben.

Unter Leitung der Bundeskanzlerin tagte am 20. Mai zum ersten Mal der Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Nach den schrecklichen Terroranschlägen in Halle, Hanau und dem Mord an Walter Lübcke hat der Ausschuss die Aufgabe, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, um Rassismus und Rechtsextremismus nachhaltig einzudämmen. „Wir müssen Rassismus erkennen, benennen und bekämpfen – sei es in der Schule, am Arbeitsplatz, in Behörden oder im Alltag. Es geht um bessere Prävention, Hilfe für Betroffene und ihre Sicherheit“, unterstrich Widmann-Mauz bei der ersten Sitzung des Ausschusses. „Rassismus ist der ideologische Nährboden für rechtsextremistische Gewalt. Er ist eine wesentliche Ursache für den Hass und die Gewalt, die Menschen unterschiedlicher Herkunft, aber auch Engagierte und Kommunalpolitiker trifft.“ Alleine im vergangenen Jahr registrierte das Bundeskriminalamt 22.000 rechtsextreme Straftaten, die Dunkelziffer liegt vermutlich weit höher. Auch über rassistische Übergriffe im Zuge der Corona-Pandemie äußerte sich die Staatsministerin sehr besorgt.

Aus dem Deutschen Bundestag / Aus dem Kreisverband

Jede und jeder Einzelne kann und muss mit seinem Verhalten dazu beitragen, vor allem Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen vor dem Coronavirus zu schützen – dafür bedarf es Information, die für alle verständlich ist. Aus diesem Grund stellt die Integrationsbeauftragte auf ihrer Homepage ein umfangreiches Informationsangebot in vielen Sprachen zur Verfügung. Dort finden sich etwa Beschlüsse der Bundesregierung, Ansprachen der Bundeskanzlerin, Informationen zu Reisebeschränkungen und allgemeine Hinweise zum Gesundheitsschutz in insgesamt 21 Sprachen, darunter Englisch, Französisch, Türkisch, Russisch, Polnisch und Arabisch. Über ihre Arbeit und aktuelle Projekte informiert die Integrationsbeauftragte zudem fortlaufend auf ihrem Instagram-Account (www.instagram.com/integrationsbeauftragte) sowie auf ihrem Twitter-Kanal (www.twitter.com/IntegrationBund).



Fotos: Öffentliche Homepage der Integrationsbeauftragten www.integrationsbeauftragte.de

Die virtuelle CDU-Kreisvorstandssitzung mit Staatsministerin Annette Widmann-Mauz Ende Mai in Zeiten von Corona

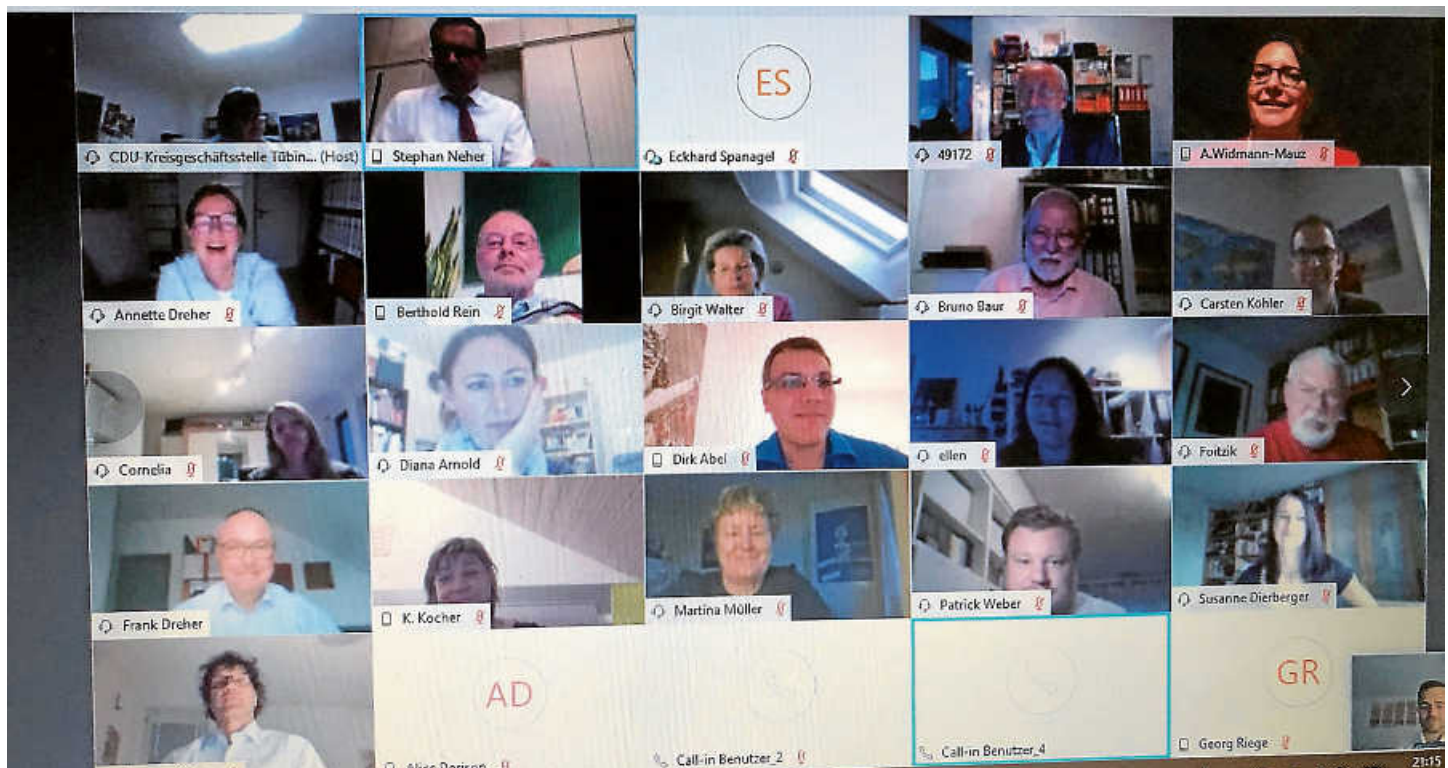


Foto: Bild: Armin Mozaffari

Aus den Ortsverbänden

CDU-Gemeindeverband Ofterdingen

Von der Mitgliederversammlung

Am Mittwoch, 4. März 2020 fand die diesjährige Mitgliederversammlung der CDU Ofterdingen statt. Unser CDU-Kreisvorsitzender Stephan Neher besuchte uns und berichtete und diskutierte aus der aktuellen Politik mit uns. Einstimmig wurde Birgit Walter für weitere zwei Jahre als CDU-Vorsitzende bestätigt. Neben Eberhard Walker wurde Martin Stadelmaier zum Stellv. CDU-Vorsitzenden gewählt. Danke Euch für die Bereitschaft und Euren Einsatz und danke an Stephan Neher für den Besuch im schönen Ofterdingen. www.cdu-ofterdingen.de

Simeon Handte
CDU-Internet- und Mitgliederreferent



Stellv. CDU-Vorsitzender Martin Stadelmaier, CDU-Vorsitzende Birgit Walter und CDU-Kreisvorsitzender Stephan Neher.

Foto: Martin Stadelmaier

CDU-Gemeindeverband Ammerbuch

Veranstaltung mit Nicole Razavi MdL zum Thema „Mobilität der Zukunft“

Der CDU-Gemeindeverband Ammerbuch organisierte am 13. Februar 2020 in der Zehntscheuer in Entringen zusammen mit dem Kreisverband der Jungen Union Tübingen eine Veranstaltung mit Frau Nicole Razavi MdL zum Thema „Mobilität der Zukunft“.

Frau Razavi ist Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg seit 13. April 2006. Seit 2016 ist sie Mitglied des Ausschusses für Verkehr und des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst. 2006 bis 2016 war sie Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur der CDU-Fraktion. Seit 2016 ist sie stellv. Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion.

In ihrem Vortrag ging Frau Razavi auf die verschiedenen Anforderungen an die Mobilität der Zukunft ein. Sie unterschied zwischen den Anforderungen im ländlichen Raum und in Ballungsgebieten und brachte zum Ausdruck, dass es die Freiheit der persönlichen Entscheidung sei, wie mobil man sein wolle. PKWs der Zukunft würden noch bis über das Jahr 2040 hinaus mit Verbrennungsmotoren für synthetische Kraftstoffe und als sehr saubere Dieselfahrzeuge betrieben werden und E-Mobile mit Strom aus der Batterie oder aus Wasserstoff ergänzen. Der Umweltschutz allein solle

das Handeln nicht dominieren und man dürfe die Bedeutung der Automobilindustrie für Baden-Württemberg nicht unterschätzen. Zweiter großer Themenkomplex war der Bahnverkehr im Großraum Stuttgart sowie ganz konkret die Ammertalbahn. Zu diesem Thema meldete sich auch Landrat Joachim Walter zu Wort und ergänzte die Diskussion um verschiedene Erläuterungen zur aktuellen Notsituation, deren Ursachen und weiteren Auswirkungen. Auch Stuttgart 21, der Fernbahnhof am Flughafen und die Gäubahn wurden in der angeregten Diskussion betrachtet.

Frank Dreher
CDU-Vorsitzender



Fotos: Annette Dreher



Nussbaum Medien erhält das familyNET-Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“



Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg sowie Arbeitgeberverbände und Landesfamilienrat zeichnen regelmäßig familienbewusstes Personalmanagement in Unternehmen aus.

Nussbaum Medien gelangt dabei unter die Top 20 der ausgezeichneten Unternehmen.

Nussbaum Medien ist eine moderne Medienmarke mit über 500 Mitarbeitern, die dank Amts- und privater Mitteilungsblätter bereits heute über 1 Mio. Haushalte über Aktuelles aus ca. 350 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg informiert. Darüber hinaus arbeitet diese erfolgreich an der digitalen und mobilen Zukunft. Beispiele hierfür sind die BürgerApp, kaufinBW.de oder die Neukonzeptionierung des regionalen Online-Portals Lokalmatador.de.

Dabei ist dem Unternehmen bei Mitarbeitern aller Abteilungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr wichtig. Dieser Gedanke begleitet das Unternehmen seit seiner Gründung

1959. Seit 1972 betreibt Nussbaum Medien in Weil der Stadt einen eigenen Betriebskindergarten; seit 2007 eine integrative Betriebskindertagesstätte in St. Leon-Rot, in der 15 Kinder im Alter von einem bis sechs Jahren aufgenommen werden, davon fünf Kinder mit Behinderung.

Am 17. September letzten Jahres wurde die Erweiterung des Kinderhauses um eine inklusive Kinderkrippe gefeiert. Klaus Nussbaum, Inhaber der Verlagsgruppe, ist der tiefsten Überzeugung, dass sein Unternehmen nur dann als Arbeitsplatz und Ausbildungsbetrieb attraktiv ist, wenn es seinen Mitarbeitern die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Vertrauenszeitregelungen, mobiles Arbeiten und Homeoffice-Regelungen tragen ebenfalls zur Work-Life-Balance bei.

Das Unternehmen ruht sich aber nicht auf Bestehendem aus, sondern plant weitere Schritte zugunsten eines zeitgemäßen Personalmanagements: Neben einem ausführlichen Gesundheitsprogramm soll zukünftig die Nussbaum Akademie erweitert werden, um den Mitarbeitern, bezogen auf ihren

Arbeitsbereich, abgestimmte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu gewährleisten. Dadurch erhalten alle Mitarbeiter die gleichen Chancen für nötige Fachkompetenzen.

Das Leitmotiv „Heimat stärken“, mit dem das Unternehmen gegenüber Verwaltungen, Kunden und Lesern auftritt, kommt umso mehr beim eigenen Personal zum Tragen.

In diesem Sinne waren es auch die Mitarbeiterinnen Carolin Rheinfrank und Silvia Müller, welche die Auszeichnung im Namen des Inhabers entgegen nahmen.



Carolin Rheinfrank und Silvia Müller von Nussbaum Medien freuen sich, die familyNET-Prädikatsurkunde entgegenzunehmen.

Aus den Ortsverbänden

CDU-Stadtverband Tübingen

Neuwahl des Vorstandes

Bei der Mitgliederversammlung des CDU-Stadtverbandes Tübingen am 07.03.2020 wurde der Vorstand turnusgemäß für eine zweijährige Amtszeit neu gewählt. Der amtierende CDU-Vorsitzende Prof. Dr. Peter Lang präsentierte zunächst seinen Rechenschaftsbericht. Im Kommunalwahljahr 2019 habe der CDU-Stadtverband etliche politische Veranstaltungen organisiert, die sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich des Besucherzuspruchs erfolgreich verlaufen seien, darunter ein Vortrag der Landes-Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann im Mai. Auch der jährliche Auftritt der CDU bei der Tübinger Familienmesse „Fdf“ im März sei gewohnt erfolgreich gewesen. Leider sei das Ergebnis bei der Gemeinderatswahl im Mai trotz eines professionell geführten Wahlkampfes und trotz des großen Engagements zahlreicher CDU-Mitglieder mit dem Verlust von drei Mandaten enttäuschend ausgefallen. Nach der Entlastung des amtierenden CDU-Vorstandes wurde die Neuwahl eingeleitet. Prof. Dr. Lang wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt als CDU-

Vorsitzender bestätigt. Als stellvertretende CDU-Vorsitzende ebenfalls wiedergewählt wurden Cornelia Hohmann und Rudi Hurlebaus. Christoph Naser zieht erstmals als CDU-Stellvertreter in den Vorstand ein.

Prof. Dr. Paul Helmut Nebeling als CDU-Schriftführer und Arnold Oppermann als CDU-Schatzmeister wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zum CDU-Pressesprecher wurde Peer-Arne Arweiler gewählt, während sein langjähriger Amtsvorgänger Patrick Weber das neugeschaffene Amt des CDU-Organisationsreferenten übernimmt. Zum CDU-Internetreferenten wurde Timo Piontek und zum CDU-Mitgliederbeauftragten wurde Dr. Thorsten Bischoff bestimmt. Den neuen Vorstand des CDU-Stadtverbandes Tübingen vervollständigen die acht CDU-Beisitzer Volker Datz, Prof. Dr. Ulrike Ernemann, Alice Dorison, Dr. Dr. Carsten Köhler, Claudia Leuze, Elke Picker, Ramona Dusch und Johanna Kapp. Im Rahmen der CDU-Mitgliederversammlung hielt Annette Widmann-Mauz, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen, ein Referat. Sie berichtete unter anderem über die gegenwärtigen Herausforderungen durch das Corona-Virus und über die sich verschärfende Lage im Bürgerkriegsland Syrien, aus dem wieder viele Menschen in existentieller Not fliehen.

Außerdem sprach die Oberndorfer Ortsvorsteherin Diana Arnold ein kurzes Grußwort, in dem sie ankündigte, anlässlich der CDU-Wahlkreismitgliederversammlung bei der Wahl zur Aufstellung des Kandidaten für die Landtagswahl 2021 anzutreten. Als ihr Zweitkandidat wird sich der Tübinger Christoph Naser bewerben, der sich in der CDU vielfältig engagiert, unter anderem auch im CDU-Kreisvorstand.

Peer-Arne Arweiler
CDU-Pressesprecher



Bericht des CDU-Vorsitzenden Prof. Dr. Peter Lang.



Wahlleiter Hubert Wicker.



Referat Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB. Im Vordergrund: Diana Arnold, Christoph Naser und CDU-Kreisvorsitzender Stephan Neher.



Bericht des CDU-Schatzmeisters Arnold Oppermann.



Der neugewählte CDU-Vorstand.

Fotos: Timo Piontek



Nussbaum  Stiftung

Helfen kann so einfach sein

Mit einem Anruf können Sie die Nussbaum Stiftung einfach und unkompliziert unterstützen. Wir freuen uns über jede Spende, die wir weitergeben. Wir garantieren Ihnen eine sorgfältige Auswahl der unterstützten Projekte.

Die Spenden-Hotline lautet:

09001 22 55 44-00

Sie entscheiden per Knopfdruck, ob Sie 5 € oder 10 € spenden möchten. Der Betrag wird dann Ihrer nächsten Telefonrechnung belastet.

www.nussbaum-stiftung.de

CDU-Stadtverband Mössingen

Jubiläums-Festakt: Schweren Herzens verschoben

Die CDU Mössingen verschiebt ihr für Juli geplantes Jubiläum aufgrund der Corona-Pandemie ins nächste Jahr. Online wird das 50-jährige Bestehen des Stadtverbandes aber auch schon in diesem Sommer gefeiert.

„Wir haben bereits viel Aufwand und viele Ideen in das Jubiläum gesteckt, dementsprechend schwer fällt uns die Absage“, so Dirk Abel, Vorsitzender der CDU Mössingen. Für den 11. Juli war ein großer Festakt geplant mit prominenten Gästen, unter anderem der CDU-Bundesvorsitzenden und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, sowie einem bunten Rahmenpro-

gramm. „Das Gesamtumfeld ist nicht so, dass wir ein Jubiläum feiern können und möchten“, so Abel. „Wir freuen uns schon jetzt auf eine besondere Jubiläumsfeier in der heißen Phase der Bundestagswahl 2021 und haben direkt mit den Vorbereitungen begonnen“, erklärt der Stadtverbandsvorsitzende. Dass ein CDU-Jubiläum in Mössingen ein Jahr später stattfindet ist keine Neuheit: Bereits beim 25-jährigen Jubiläum in den 1990er Jahren war dies auch der Fall.

Das historische Datum am 14. Juli soll trotzdem nicht in Vergessenheit geraten. Das Team des Stadtverbandes tüftelt bereits an Ideen, wie über Online-Kanäle und in den Printmedien an das 50-jährige Bestehen der

CDU in Mössingen erinnert werden kann. Und auch an der geplanten „Einheitswanderung“ am 4. Oktober, die – inklusive Führung – rund um die Streuobstwiesen und hoch zu den örtlichen Wahrzeichen Bergrutsch und Dreifürstenstein führen soll, wird weiterhin festgehalten. Die erste Veranstaltung des Festprogramms im März, eine Diskussionsrunde mit der Kultusministerin von Baden-Württemberg, Dr. Susanne Eisenmann, musste dagegen abgesagt werden.

Benedikt Schweizer
CDU-Pressereferent



Die Mutter hat AIDS.
Ihr Baby ist gesund.
Weil wir für sein Leben sorgen.

Wir helfen HIV-infizierten Schwangeren im südlichen Afrika mit medizinischer Behandlung und Betreuung. Damit ihre Babys gesund zur Welt kommen.

Spendenkonto
DE85 3705 0198 0008 0040 04
www.aids-stiftung.de

Deutsche AIDS-Stiftung 

50jähriges Jubiläum des CDU-Stadtverbandes Mössingen

Eine historische Skizze zur Gründung

Der Mössinger Ortsverband – nach der Stadterhebung 1974 dann: Stadtverband – der CDU wurde am 14. Juli 1970 in einer dreistündigen Versammlung mit neun Teilnehmern in der Mössinger „Krone“ gegründet. Dabei waren der Landtagsabgeordnete Gerd Weng, der Kreisvorsitzende Klaus Greef und der Tübinger Stadtverbandsvorsitzende Albrecht Locher. Letzterer begründete die Neugründung mit den guten Ergebnissen bei den letzten Wahlen, welche die Errichtung rechtfertigen würden. Zum ersten Vorsitzenden der CDU Mössingen wurde auf der Versammlung Günther-Georg Kinzel gewählt. Kinzel war kurz zuvor nach Mössingen gezogen und der eigentliche Spiritus Rector der Neugründung – er sollte den Stadtverband in den ersten Jahrzehnten entscheidend prägen. Der neue Verband formulierte für sich das ehrgeizige Ziel, im Verlauf der „nächsten Jahre“ auf über einhundert Mitglieder zu wachsen. Zum 10-jährigen Jubiläum konnte der Vorsitzende – noch immer Kinzel – dann zwar keinen Vollzug melden, aber das Ziel war fast erreicht, der Stadtverband hatte 1980 98 Mitglieder und das, obwohl es Neugründungen von Verbänden (Bodelshausen, Ofterdingen) gab, die zuvor zu Mössingen zählten. Wesentlich bescheidener jedoch waren die Anfänge; wenige Monate nach der Gründung ergab die Bestandsaufnahme im September 1970 nur acht Mitglieder. Und diese kamen fast alle aus demselben Haus, es waren überwiegend „Zugezogene“, die die bis dahin typische Mössinger Skepsis – wurzelnd auch in den historischen Erfahrungen in Folge des „Generalstreiks“ – gegenüber parteipolitischer Aktivität nicht teilten. Innerhalb dieser achtköpfigen Gruppe überwog der Anteil von Männern ganz eindeutig, immerhin eine Frau sorgte von Beginn an für einen aus Geschlechterperspektive gemischten Stadtverband. Die Gründungsmitglieder waren zwischen 26 und 56 Jahre alt, wobei die Jüngeren, das heißt die unter 30-Jährigen, ganz eindeutig in der Mehrheit waren – der Schnitt lag bei gerade einmal 35 Jahren. Relativ deutlich überwogen die kaufmännischen Berufe.

Die Gründung des Mössinger Stadtverbandes im Jahr 1970 fiel in eine für die Bundesrepublik bewegte Zeit. Seien es die Proteste der „68er“ oder sei es die Ostpolitik der Regierung Brandt. Es war jedenfalls eine Phase starker Politisierung, die sich auch in verstärktem parteipolitischem Engagement ausdrückte.

Das gilt für die Sozialdemokratie, aber eben auch für die Christdemokratie. Wohingegen die SPD traditionell eine Partei mit breiter Massenbasis war und sein wollte, trug die CDU in den ersten Jahren ihres Bestehens seit 1945 stärker den Charakter einer Honoratiorenpartei, die zwar bessere Wahlergebnisse, aber deutlich niedrigere Mitgliederzahlen als die SPD aufweisen konnte. Von Ende der 60er bis Mitte der 70er-Jahre änderte sich dies aber und die Mitgliederzahl der CDU verdoppelte sich schnell. Ein wichtiger Grund dafür war der Gang in die Fläche, das heißt die Gründung neuer Verbände außerhalb der Zentren. Die Gründung des Mössinger Stadtverbandes im Jahr 1970 steht damit für diese Entwicklung geradezu exemplarisch. Gleichzeitig hat diese Dynamik mit der Politisierung und Polarisierung der Zeit um 1970 zu tun. Willy Brandt – so könnte man sagen – war damit nicht nur Auslöser für einen Boom „seiner“ SPD, sondern auch für den der Unionsparteien. Dies zeigte sich gleich in der ersten Veranstaltung des neugegründeten Mössinger Ortsverbandes im September 1970.

Im Belsener „Adler“ betrat man die politische Arena, indem man sich einem der großen Themen der Zeit zuwandte: der Ostpolitik, konkreter dem deutsch-sowjetischen Vertrag. Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschland-Ausschusses der CDU, Klaus Jentzsch, wurde als Referent gewonnen und er sprach über die „Deutschlandpolitik der 70er Jahre“. Wenig überraschend war sein Vortrag durch eine Ablehnung der neuen Ostpolitik Willy Brandts und die Befürchtung, von den Sowjets übervorteilt zu werden, geprägt. Der Referent und sein Publikum bewiesen an diesem Abend eine lange Ausdauer, denn die Veranstaltung endete erst nach vier Stunden „gegen Mitternacht“. Nachdem auch der Zuhörerzuspruch dieses ersten Vortrags als sehr zufriedenstellend wahrgenommen wurde, folgte relativ schnell der nächste Gast – nun wurde ein finanzpolitisches Thema gewählt. Dieter Jüttner sprach am 3. November über die Frage, ob eine Inflation „unvermeidlich“ sei. In Folge dieser offensichtlich erneut gut besuchten Veranstaltung veröffentlichte die Mössinger CDU eine Resolution, in der sie die „kontinuierliche Aufwertung“ des Wechselkurses forderte, um so einem befürchteten „Inflationsimport“ entgegenzuwirken. Der Mössinger Ortsverband der SPD reagierte darauf in einer Stellungnahme, worauf sich eine im Schwäbischen Tagblatt ausgetragene De-

batte anschloss. Die SPD folgte zwar der Forderung nach einer Aufwertung der D-Mark, gab aber der CDU die Schuld dafür, dass dies in der großen Koalition 1969 nicht geschehen sei – der CDU Ortsverband hingegen sah in einem offenen Brief dem Wirtschaftsminister Schiller („der bekanntlich der SPD angehört“) in der Verantwortung; zugleich warf sie den Mössinger Sozialdemokraten Polemik vor. Gegen diese Vorwürfe wehrte sich die SPD, begrüßte aber im Namen ihres Vorsitzenden Dr. Dieter Schmidt die Gründung des CDU Ortsverbandes – „Politik“ gehöre „auch aufs Rathaus“ – und forderte den jungen Verband auf, eine Liste zur Gemeinderatswahl im kommenden Jahr einzureichen.

Genau das machte die CDU dann auch und konnte einen kleinen Anfangserfolg verbuchen, indem sie bei der Kommunalwahl 1971 immerhin einen von zwölf Sitzen im Gemeinderat gewinnen konnte: Harald Arps zog für die CDU in das Gremium ein. Als Geschäftsführer des Fördervereins Mössinger Hallenbad gelang es ihm, viel Unterstützer für dieses Projekt zu gewinnen, so beteiligte sich der Landtagsabgeordnete Gerd Weng mit einer „großzügigen Spende“. Ein Öschinger schaffte es 1971 für die CDU in den Kreistag, der Unternehmer Wilhelm Merk. Die Zahl der Sitze im Gemeinderat hat sich in den letzten 50 Jahren deutlich erhöht, seit der Wahl 2019 besteht die CDU-Fraktion aus sieben Mitgliedern. Aus den kleinen Anfängen hat sich ein Verband entwickelt, der in Mössingen fest verankert ist. In den 50 Jahren seines Bestehens gelang es viele wichtige Politikerinnen und Politiker in die Stadt zu holen – besonders schillernd sicherlich die Rede von Franz Josef Strauß im Ernwiesenstadion 1980 vor rund 17.000 Besuchern.

Dr. Dennis Schmidt

Senioren Union Rottenburg am Neckar

Mit Dynamik und Power

Von wegen Ausruhen im Alter, dies gibt es bei der SEN Rottenburger nicht! Dank ihrem SEN-Vorsitzenden Werner Foitzik werden Jahr für Jahr zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. So beteiligte sich die SEN 2019 aktiv beim Europa- und Kommunalwahlkampf mit zahlreichen erfahrenen Helfern und Akteuren. Höhepunkt, so Foitzik, sei die von Dr. Hartmut Dreher organisierte Großveranstaltung mit dem Europaabgeordneten Norbert Lins im Mai 2019 gewesen.

Aber nicht nur im politischen Bereich, sondern auch im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich leistet die SEN in Rottenburg hervorragendes. Im 4wöchentlichen Rhythmus finden regelmäßig Veranstaltungen statt. Beispielfähig seien angeführt: Teilnahme bei der CDU Pfaffenberg an der bundesweiten Woche der Sprache und des Lesens mit Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB und SWR-Moderator Eddy Graf sowie eine Führung rund um den Märchensee mit Heinrich Höschle, dem früheren Ortsvorsteher von Wendelsheim. Vor allem die Seniorennachmittage waren gut besucht. Jörg Gäbele erläuterte Osterbräuche aus früherer Zeit; Polizeihaupt-

meisterin Diana Arnold und Ortsvorsteherin von Oberndorf referierte mit sehr anschaulichen Beispielen über die Sicherheit im Alter; Dr. Andreas Gammel aus Mössingen, CDU Gemeinde- und Kreisrat, sprach über den Themenbereich Vorsorge, Prävention und Medizin mit Augenmaß - gesund bis ins hohe Alter. Ferner berichtete Oberbürgermeister und CDU-Kreisvorsitzender Stephan Neher über die zukünftige Entwicklung der großen Kreisstadt Rottenburg. Seit neuerer Zeit begann man mit dem Themenkreis „die Ämter der Stadt stellen sich vor“. Begonnen wurde mit dem Ordnungsamt vertreten durch die Amtsleiterin Nehle Betz. Jüngst war Angelika Garthe, Leiterin des Stadtplanungsamtes, zu Gast und gab Einblicke in die weitere Stadtentwicklung.

Natürlich wird auch die Gemeinsamkeit und das Erlebnis bei der Senioren Union großgeschrieben. Zu erwähnen ist die gemeinsame Fahrt mit den Tübinger Senioren nach Hechingen mit der Führung durch die wichtigsten Epochen der Stadt und deren Sehenswürdigkeiten. Ein Highlight war auch der Ausflug nach Freiburg zum 40jährigen Jubiläum der

SEN Baden-Württemberg mit Besuch des Festaktes und ökumenischem Gottesdienst. Ferner ist noch der Jahresausflug nach Sinsheim ins Technikmuseum anzuführen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Unter Werner Foitzik hat sich die Senioren Union Rottenburg am Neckar mit ihrem reichhaltigem Angebot zu einer wichtigen Begegnungsstätte für ältere Menschen entwickelt, und dies nicht nur für Mitglieder*innen, sondern auch für viele Gäste. Sie ist im Altenbereich nicht mehr weg zu denken und hat sich zu einem der wichtigsten Kulturträger der Stadt Rottenburg am Neckar entwickelt.

Dr. Hartmut Dreher
SEN-Schriftführer



Ausbildung: ausgezeichnet

Engagierte Ausbilder/innen und ein ausgezeichnetes Bildungs- und Talentmanagement stehen hinter unseren Auszubildenden, Praktikanten, BA-Studenten. Mit über 100 Mitarbeitern und mehr als 40 Jahren Erfahrung ist die PROFILMETALL-Gruppe Engineering-Partner, Werkzeug-/Profilieranlagenhersteller und Systemlieferant für dünnwandige rollgeformte Profile.

PROFILMETALL-Gruppe
72145 Hirrlingen
Fon + 49 7478 9293-0
www.profilmetall.de

 **PROFILMETALL®**
Maschinen · Werkzeuge · Profile

Dr. Aiga Stapf referierte zum Thema Begabtenförderung beim diesjährigen Dreikönigskaffee der Rottenburger Frauen Union



Foto: Susanne Dierberger

Ferienhaus in Ostkanada (Nova Scotia) zu verkaufen

GRUNDSTÜCK: LOT 1A 10.620 m²
OZEANFRONT 126, 60 Im LAUT VERMESSUNGSPLAN

AUF DEM GRUNDSTÜCK STEHEN 3 GEBÄUDE:

1. HAUS MIT TURM
2. GÄSTEHAUS
3. BOOTSSCHUPEN

GRUNDFLÄCHE HAUS OHNE ANBAU ca. 70 m²
LOFT ca. 15 m²
TURM 2 x 10 ca. 20 m²

HAUSWIRTSCHAFT + SCHRANKRAUM ca. 10 m²

Preis: Preisvorstellung 345.000 Euro



Emil-Haag-Straße 27
71263 Weil der Stadt
Fon 07033 5266-75
info@brigitte-nussbaum.de


Brigitte Nussbaum
GmbH und Co. KG

CDU-Gemeinderatsfraktion Tübingen

Die Bewältigung der Corona-Krise

Ist die Corona-Krise jetzt vorbei? Leider nein. Die Viren sind weiterhin vorhanden und neue Ausbrüche können nicht ausgeschlossen werden. Erfreulicherweise konnten wir alle mit der Umsetzung der bisherigen Maßnahmen erreichen, dass zwischen dem 04.06.2020 und dem 14.06.2020 die Anzahl der gemeldeten Infektionen mit dem Corona-Virus nur um vier auf insgesamt 1294 im Landkreis Tübingen anstieg. Die Zahl der Genesenen schätzt das Landratsamt auf 1228 (Todesfälle: 59). Völlig katastrophale Verhältnisse wie bei unseren norditalienischen Nachbarn sind ausgeblieben. Das verdanken wir den getroffenen Einschränkungen und Hygieneregeln sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Gesundheitssystems. Insbesondere das Uniklinikum hatte und hat noch immer schwerkranke Corona-Patienten zu betreuen, was mit allergrößtem Engagement getan wird. Lockerungen sind jetzt möglich und entsprechende Vorgaben werden auf Bundes- und Landesebene, in den Kreisen und Gemeinden beschlossen und umgesetzt. Wir müssen uns nun gemeinsam vorantasten. Nicht immer kann vorausgesagt werden, welche Maßnahme zu welchen Auswirkungen führen wird. Daher müssen wir flexibel bleiben

und auffallende Infektionszahlen reagieren oder vielleicht auch wieder auf einen Anstieg. Maßnahmen und Vorgaben müssen der aktuellen Situation angepasst werden. Vor allem: je mehr die offiziellen Vorgaben gelockert werden, desto mehr eigenverantwortliches Verhalten ist gefragt. Die Situation hat sich definitiv gebessert, das zugrunde liegende Problem besteht aber weiterhin. Sicherlich müssen wir uns ebenfalls Sorgen um unsere wirtschaftliche Lage machen. Deswegen haben Bund und Land milliardenschwere Konjunkturprogramme beschlossen, mit denen die deutsche Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zurückgeführt sowie Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Das Konjunkturpaket kommt auch unserer Region und unserer Stadt zugute: mit 2 Mrd. Euro werden 2020 und 2021 Investitionen in neue Technologien, Verfahren und Anlagen gefördert. Außerdem erhalten die Kommunen eine Entlastung bei ihren Gewerbesteuerausfällen und eine Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die steuerliche Forschungszulage wird ausgeweitet, was Tübingen als Innovations- und Forschungstandort wiederum zugutekommt. Zu hoffen ist, dass auch Gastronomie und Einzelhandel vor Ort davon profitieren.

Wir von der CDU-Gemeinderatsfraktion wollen dazu beitragen, dass die Tübinger Bürgergesellschaft solidarisch in die nächsten Monate geht, um die Corona-Krise mit Augenmaß und gebotener Vorsicht zu bewältigen. In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund,

Ihre CDU-Gemeinderatsfraktion Tübingen



Die Tübinger Gemeinderatsfraktion

Foto: Alice Dorison

Der Arbeitskreis Christ & Politik stellt sich vor

Was will der Arbeitskreis?

Der Arbeitskreis fragt, was das christliche Menschenbild und die Botschaft des Evangeliums in der heutigen Politik noch bedeuten können. Er versteht sich als Brücke, Dialog- und Interaktionsforum zwischen Politik und Kirchen bzw. Politik und entschieden christlich geprägten Menschen.

Wer macht da mit?

Der AK gehört dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU an, einer Sonderorganisation, in der alle protestantischen Parteimitglieder eingetragen sind. In Tübingen hat sich der EAK aber für die Ökumene geöffnet; daher auch die Umbenennung in „AK Christ & Politik“. So gehören dem Kreis protestantische und katholische Parteimitglieder an, darunter sowohl fromme als auch liberale Christen. Zudem ist der Kreis auch offen für Menschen, die der CDU zwar nahestehen, aber keine Parteimitglieder sind.

Und wie arbeitet dieser Kreis?

Der Arbeitskreis trifft sich einmal im Monat zu einem Diskussionsabend. Die Treffen finden in privaten Räumen statt. Die Teilnahme ist unverbindlich. Im Mittelpunkt stehen die inhaltliche Diskussion und die persönliche Meinungs- und Willensbildung zu einem vorgegebenen Thema. Zuletzt wurde etwa diskutiert, ob auch in Deutschland ein Sexkaufverbot wie in vielen nordeuropäischen Ländern eingeführt werden sollte (siehe dazu die Stellungnahme des AK in diesem Heft).

Kann ich da auch mitmachen?

Ja! Im AK Christ & Politik sind alle herzlich willkommen, die sich fragen, was eine christliche Orientierung in der Politik heute noch bedeuten kann. Bei Interesse setzen Sie sich bitte über die CDU-Kreisgeschäftsstelle (mail@cdu-tuebingen.org) mit dem AK-Vorsitzenden, Manuel Feger, in Verbindung.

Arbeitskreis Christ & Politik AK befürwortet Sexkaufverbot in Deutschland

Der AK Christ & Politik (EAK-Kreisverband Tübingen) spricht sich auf seiner Sitzung am 15. Februar für die Einführung des Nordischen Modells der Prostitution in Deutschland aus. Sexkauf sollte wie in den nordischen Ländern kriminalisiert und Freier bestraft werden.

Bei einer Reihe von Arbeitstreffen hat sich der AK Christ & Politik Anfang des Jahres ausführlich mit der Situation von Prostituierten in Deutschland beschäftigt. Beraten wurden die Mitglieder dabei von Sozialarbeitern, die sich im Stuttgarter Rotlichtmilieu um Prostituierte kümmern.

Die Vorstellung von Prostitution als einem normalen „Dienstleistungsberuf“, in dem so genannte „Sexarbeiterinnen“ freiwillig und selbstbestimmt arbeiten, ist eine weit verbreitete Mär. Dieser Irrglaube wird genährt von Kinofilmen wie *Pretty Woman* oder Fernseh-Talkshows, in denen Prostituierte berichten, dass sie sich ihre Freier selbst aussuchen könnten und ihre Arbeit gerne tun. Die Wahrheit ist aber – das berichten die Sozialarbeiter aus ihrer täglichen Erfahrung –, dass die allermeisten Prostituierten in Deutschland aus den armen Ländern Osteuropas stammen. Sie werden von Familienangehörigen oder Zuhältern unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und hier zur Prostitution gezwungen. Diese Frauen sind oft sehr jung, sprechen kein Deutsch, kennen ihre Rechte nicht und sind damit ihren Zuhältern völlig hilflos ausgeliefert. Sie erleben den Sexkauf als eine bezahlte Vergewaltigung und sind oft nach kurzer Zeit schon schwer traumatisiert. Für unsere Polizei ist es meist nicht möglich die kriminellen Methoden der Zuhälter aufzudecken, da dies eine Aussage der Prostituierten gegen ihre Zuhälter (er zwingt mich!) erfordern würde. Da die Frauen aber auf das Geld angewiesen sind und von ihren Zuhältern eingeschüchtert werden, ist mit so einer Aussage meist nicht zu rechnen.

Nicht willentlich hat die rot-grüne Bundesregierung vor zwanzig Jahren mit der Legalisierung der Prostitution (Prostitutionsgesetz 2001) einen Markt für Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland geschaffen. Ein Sexkaufverbot, bei dem die Freier bestraft würden, würde diesem Markt den Boden entziehen. Und Sexkauf sollte bestraft werden: Der Freier will sich nicht fragen, ob die Frau beim Sex Lust empfindet, ob sie Schmerzen hat, oder ob sie lieber aus der Prostitution aussteigen würde. Er verschafft sich keine Sexualität mit einem anderen Men-

schen auf Augenhöhe, sondern kauft sich die Frau zur sexuellen Benutzung, um sie wie einen Gegenstand behandeln zu können. Damit aber tritt der Freier die Würde der Frau mit Füßen. – Unser Staat, der sich dazu verpflichtet hat, die Würde des Menschen zu schützen, muss so ein Verhalten unter Strafe stellen!

In Schweden hat man in den letzten zwanzig Jahren gute Erfahrungen mit dem Sexkaufverbot gemacht. Wie der schwedische Polizeikommissar Simon Häggström auf dem Tübinger Frauenfilmfestival im November 2019 berichtete, sind die Zahlen von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Schweden seit der Einführung des Sexkaufverbots stark zurückgegangen. Zudem hat ein Umdenken in

den Köpfen der Bürger stattgefunden: Während vor der Einführung des Sexkaufverbots noch 70% der Schweden dagegen waren, befürworten heute 70% das Sexkaufverbot. Die Mehrheit der Schweden hat erkannt: Sexkauf ist sexualisierte Gewalt an Frauen, Sexkauf ist falsch! Mehrere Länder sind dem schwedischen Vorbild inzwischen gefolgt; darunter Kanada, Norwegen und Frankreich.

Der Arbeitskreis Christ & Politik fordert nun seine politischen Vertreter dazu auf, sich im Gesetzgebungsprozess für die Einführung des Nordischen Modells in Deutschland einzusetzen.

Manuel Feger
AK-Vorsitzender

MEY. EINE ADRESSE. ALLE HANDWERKER.



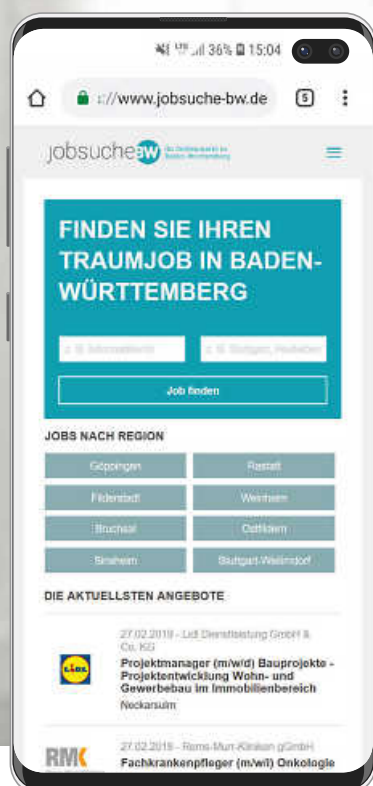
**Umbau, Ausbau und Sanierung.
Alles aus einer Hand.**

www.meygeneralbau.de
Tübingen 07071/97962-0



Über 4.300 Jobs in Baden- Württemberg

Stand: 15.04.2019



**inkl. Stellenanzeigen
aus den Lokalzeitungen**

mobiloptimiert

jobsuche **BW**

Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf **www.jobsuchebw.de** finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.

jobsucheBW ist ein Angebot von





Rückblick

75 Jahre Kriegsende – ein Blick zurück

Im Frühjahr 1945 übergab ein gewisser Gottlob Hettler, ein Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges, sein Heimatdorf Eberdingen im früheren Kreis Vaihingen an der Enz an die vorrückenden Franzosen. Dies tat er, da man ihn kurz vor Kriegsende gebeten hatte, das Amt des kommissarischen Bürgermeisters zu übernehmen. Dabei ging er lediglich mit einer weißen Fahne los und tat dies ohne zu wissen, ob er abends wieder heil nach Hause kommen würde. Dieser mutige Schritt bedeutete zugleich das Kriegsende für seinen Heimatort.

Das Ende des 2. Weltkrieges, der Zerstörung und Verzweiflung über ganz Europa brachte, jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Doch auch nach dem vollständigen Zusammenbruch blieben seine Folgen noch langespürbar. Denn der lange Schlagschatten dieses Krieges bestimmte die bundesrepublikanische (Erfolgs-)Geschichte immer wieder maßgeblich. Zugleich haben diese historischen Debatten und politischen Kontroversen auch die Christdemokratie nachhaltig geprägt. Aus diesem Anlass möchten wir einige der historischen Wegmarken in den Fokus nehmen und wichtige Schlaglichter kurz beleuchten.

Im September 1949 machte der erste Bundeskanzler der jungen Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bei seinem Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei Bonn einen mehr als symbolischen Schritt vorwärts, so dass er auf einem Teppich zum Stehen kam. Diese Geste war ausdrücklich nicht erwünscht, denn ihm gegenüber standen die drei Hohen Kommissare der Westalliierten. Und Adenauers Platz jenseits des Teppichs sollte den Deutschen unmissverständlich klar machen, wo die Bundesrepublik stand. Nach bedingungsloser Kapitulation und vollständiger alliierter Besetzung hatte Deutschland nicht nur seine staatliche Souveränität verloren. Aufgrund all der schrecklichen Verbrechen des Krieges hatte es zudem seine moralische Integrität eingebüßt, so dass es kein gleichwertiges Mitglied der Völkerfamilie mehr war. Aber Adenauer war fest entschlossen, Deutschland zurück in die Völkergemeinschaft zu führen und es wieder zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen. Dafür wa-

ren zahlreiche Schritte nötig:

Westintegration als Basis der späteren Wiedervereinigung

Der Schlagschatten des 2. Weltkrieges bestimmte gerade in der jungen Bundesrepublik maßgeblich die politischen Weichenstellungen. Nicht nur, dass Deutschland geteilt worden war und faktisch unter alliierter Besatzung stand. Es ging zudem um die grundsätzliche Frage, wie man sich zukünftig im internationalen Mächtesystem positionieren sollte. Dabei lehnte Adenauer das Konzept einer staatlichen Neutralität zwischen den beiden ideologischen Blöcken strikt ab. Stattdessen verfolgte er konsequent den Weg einer entschiedenen Westintegration, das heißt einer engen Bindung an die freiheitlich-westlichen Demokratien unter Führung der USA. Dabei gelang es ihm, Deutschland von einem besiegten und besetzten Feind zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen, der in das westliche Bündnisssystem eingebunden wurde. So war es möglich, sukzessive viel verlorenes Vertrauen wiederzuerlangen.

In der Folge beendeten die westalliierten Besatzungsmächte im Jahr 1951 den offiziell immer noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland. Als letzte der vier Siegermächte folgte die Sowjetunion im Januar 1955 diesem Schritt. Daraufhin erlangte die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 weitgehend ihre staatliche Souveränität zurück. Damit wurde gleichzeitig der alliierte Besatzungsstatus aufgehoben, sodass Deutschland fast auf den Tag genau 10 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder ein (größtenteils) souveräner Staat war. Zugleich war die Bundesrepublik durch ihre Aufnahme in die NATO seit 1955 fest in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft integriert.

„Heimkehr der Zehntausend“

Der sicher emotionalste politische Erfolg Adenauers war – mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende – die „Heimkehr der Zehntau-

send“. Im September 1955 war es ihm nach zähen Gesprächen in Moskau gelungen, die Freilassung der letzten noch verbliebenen, knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischer Gefangenschaft zu erreichen. Deren Heimkehr und die tiefe Emotionalität ihres Empfangs machten deutlich, wie unglaublich groß jene Wunden waren, die dieser Krieg mit all seinen schrecklichen Folgen gerissen hatte. Stellvertretend hierfür steht das Bild einer älteren Frau, deren Ehemann unter den Heimkehrern war und die, als Ausdruck zutiefst empfundener, unendlicher Dankbarkeit, einen Kniefall vor dem alternen Bundeskanzler machte.

Auschwitzprozesse

Eine weitere historische Wegmarke waren zweifelsohne die Auschwitzprozesse, die die deutsche Öffentlichkeit, knapp zwanzig Jahre nach Kriegsende, erstmals dazu zwangen, sich umfassend juristisch mit dem Massenmord an den europäischen Juden zu befassen. Der erste dieser Prozesse gegen früheres SS-Personal im Vernichtungslager Auschwitz begann im Dezember 1963 vor dem Landgericht Frankfurt am Main und dauerte mehr als eineinhalb Jahre. Er war zugleich der größte Strafprozess in der bisherigen deutschen Nachkriegsgeschichte. Treibende Kraft war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gewesen, der die juristische Aufarbeitung maßgeblich vorangetrieben hatte. Dabei stieß Bauer auf mitunter starken Widerstand, auch aus Kreisen der Justiz, von dem er sich jedoch nicht beirren ließ.

Die Rede Richard Freiherrn von Weizsäckers

Einen tiefen Einschnitt, gerade auch in konservativen Unionskreisen, stellte zweifelsohne jene Rede dar, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hielt. Sein Ausspruch vom 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ war für viele – auch und gerade in konservativen Kreisen – nur schwer zu akzeptieren. Dies galt insbesondere für jene, die den Krieg als junge Wehrmachtssoldaten selbst miterlebt hatten. Denn sie mussten die bedingungslose Kapitu-

75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

lation als junge Soldaten natürlich als militärische Niederlage empfunden haben. Zudem bedeutete das Kriegsende für viele eine nach wie vor schmerzliche persönliche Erinnerung, die sie mit dem tragischen Verlust der eigenen Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten verbanden. Dabei wirkt Weizsäckers Rede umso beeindruckender, wenn man bedenkt, dass er selbst den gesamten Krieg als Wehrmachtssoldat, und große Teile davon an der Ostfront, miterlebt hatte und sein älterer Bruder, der mit ihm im selben Regiment diente, schon in den ersten Tagen des Polenfeldzuges gefallen war. Er kannte also den unfassbar schmerzlichen Verlust, den dieser mörderische Krieg verursachen konnte. Umso ehrenvoller muss daher die Würdigung für das Werk dieses wahrhaft großen Staatsmannes ausfallen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Dabei beschäftigte die Erinnerung an den Krieg keineswegs nur die Deutschen selbst. Dies wurde überraschend deutlich, als nach dem Fall der Mauer die ersten Bestrebungen einer deutschen Wiedervereinigung aufkamen. So titelten beispielsweise englische Boulevardzeitungen in großen Lettern vom drohenden „4th Reich“, einem 4. Reich, das mancher bereits unheilvoll aufziehen sah. Wenngleich uns diese Ängste nach 30 Jahren erfolgreicher Wiedervereinigung heute merkwürdig fremd erscheinen, so waren sie damals doch sehr real und prägten mitunter die öffentliche Meinung gerade in Großbritannien und Frankreich. So warnten im Hinblick auf die „deutsche Frage“ sowohl Margaret Thatcher als auch François Mitterrand vor einer Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine befürchtete deutsche Dominanz. Dabei war es zweifelsohne das große Verdienst von Helmut Kohl, diese mitunter massiven Vorbehalte überwinden zu können. Nämlich indem es ihm glückte, die vormaligen Alliierten davon zu überzeugen, dass auch ein wiedervereintes und damit größeres Deutschland ein ebenso zuverlässiger politischer Partner in der Mitte Europas bleiben würde.

Ob wir dies wollen oder nicht, das Erbe des 2. Weltkrieges begleitet uns bis heute. Dabei liegt es an uns, was wir aus diesem Erbe machen. Wenn wir uns mit Stolz und Gestaltungswillen an solch mutigen Männern wie Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl und meinem Urgroßvater orientieren, dann können wir Christdemokraten voller Zuversicht sein.



Die CDU Baden-Württemberg zum 8. Mai 2020

„Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten“

Am 8. Mai jährte sich das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa zum 75. Mal. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl: „Der 8. Mai markiert zeitgleich Ende und Anfang. Er markiert das Ende des abscheulichsten Abschnitts unserer Geschichte, voller Verbrechen und Unrecht. Er markiert gleichzeitig den Anfang von 75 Jahren Einigkeit und Recht und Freiheit, einen Neubeginn, auf den wir auch mit Stolz blicken können.“

Mit diesem Tag geht für uns eine große Verantwortung einher. Wir kennen diesen Krieg aus Geschichtsbüchern oder teilweise aus Erzählungen unserer Großeltern und Eltern. Wir haben das große Glück, in einem friedlichen

Deutschland aufgewachsen zu sein. Doch allein der Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass das nicht selbstverständlich ist. Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten. Wir gehen daher verantwortungsvoll mit der Erinnerung an diesen schrecklichen Krieg um. Denn wir sind verpflichtet, so zu handeln, dass sich das Unfassbare nicht wiederholt.

Wir werden den 75. Jahrestags des Kriegsendes wegen der Corona-Pandemie nicht mit den geplanten Gedenkveranstaltungen begehen können, aber wir werden diesen Tag besonders in unseren Gedanken tragen. Und gerade die Zeiten von Corona zeigen uns einmal mehr, dass rein nationales Denken in die Sackgasse führt.“

Kompetenz. Und Gottvertrauen.



Psychotherapie, Psychiatrie,
Psychosomatik
auf christlicher Basis.

*Meine Seele
verdient die beste
Behandlung.*

Besuchen Sie uns auf www.deignis.de





Social Media

Tipps für Ihre digitale Präsenz

Schon Obama 2006 hat gezeigt, dass Social Media perfekt ist, um potentielle Wähler mit ihren Sorgen und Beweggründen zu identifizieren und um mit ihnen direkt in Kontakt zu treten. Der Erfolg der Obama Kampagne hat dadurch das fundamentale Modell hinter Wahlkämpfen auf allen Ebenen aufgerüttelt. Nicht länger sind offline Maßnahmen der Großteil des Wahlkampfbudgets, sondern signifikante Ressourcen werden in den Aufbau von digitalen Werbekanälen gesteckt: Von Social Media Plattformen, zu Suchmaschinen und Messenger Marketing.

Von den Tools, die intern zur Kommunikation verwendet werden, bis hin zu den Wegen, mit denen Politiker mit der Öffentlichkeit kommunizieren: Digital spielt mittlerweile die Hauptrolle in jeder politischen Kampagne. Noch nie gab es einen effizienteren Weg eine Kampagne zu planen, zu organisieren und schlussendlich dafür Wähler zu mobilisieren. Genauso wie TV Politiker erstmals in die Wohnzimmer brachte, bringt Social Media jetzt die Stimmen der Wähler in die Büros der gewählten Vertreter, Entscheidungsträger und Aktivisten.

Die Verantwortung für die eigenen digitalen Kanäle trägt dabei jeder Politiker und jeder Verband selbst. Und nur wenn hier alle an einem Strang ziehen, kann der sogenannte Echokammer-Effekt erzielt werden, der heute zu großem Wahlerfolg führt.

Das Ganze hat auch darüber hinaus Bedeutung, denn es liegt an allen pro-europäischen Zentrumskräften, die digitale Welt nicht nur den Populisten und extremen Rändern zu überlassen. Wer digital nicht ernstnimmt, macht es heute den Populisten einfach. Denn der Wahlkampf findet für den Wähler digital statt, egal ob man daran teilnimmt oder nicht. Wer nicht darauf vertreten ist, wird von Wechselwählern auch nicht in Erwägung gezogen, wenn es in die Wahlkabine geht.

Der erste Schritt dazu ist die eigene Präsenz zu pflegen und den Content auf die speziellen Anforderungen von mobilen Plattformen und der modernen Aufmerksamkeitsökonomie an-

zupassen. Um Ihnen dabei zu helfen, haben wir folgende Tipps zusammengestellt, damit Ihre digitale Präsenz auch echte Resultate liefert:

Fokus auf visuell starke Videos

Dass Videos das wichtigste Kommunikationsmittel geworden sind, hat sich bereits rumgesprochen. Jedoch ist entscheidend, dass diese auch visuell spannend sind. Der Wähler möchte sich nicht einfach nur 60 Sekunden in die Kamera gesprochenen Monolog ansehen. Optimieren Sie das Video für mobil, achten Sie darauf, dass es am Anfang etwas gibt, das die Wähler beim Scrollen stoppt, und stellen Sie sicher, dass man das Video auch mit deaktiviertem Ton verstehen kann (zum Beispiel über Untertitel).

Kurz halten

Durchschnittlich investieren Nutzer maximal einige wenige Sekunden in einen Post. Deshalb sollte Content auch darauf optimiert werden. Innerhalb von maximal 15 Sekunden sollten alle wichtigen Botschaften vor kommen, die Sie platzieren möchten. Wenn Ihre Botschaft länger ist, wird sie ohnehin zu kaum Interaktion führen. Die Zeit der Wähler ist kostbar – behandeln Sie sie auch so.

Botschaft zuerst

Der alte Weg zum Beispiel in Videos Geschichten zu erzählen, ist dadurch geprägt, dass die Hauptbotschaft erst am Schluss kommt, nachdem die Spannung aufgebaut wurde. Diese Zeit geben einem Wähler heute jedoch nicht mehr.

Deshalb ist es wichtig immer mit der Hauptbotschaft zu beginnen, sei es in Videos oder auf der Webseite. Stellen Sie außerdem sicher, dass auch bei nur kurzer Aufmerksamkeit des Nutzers Ihr Name oder Ihr Logo klar sichtbar sind.

Investment an Ziel anpassen

Stellen Sie sicher, dass ein vernünftiger Anteil Ihres Budgets für digitale Maßnahmen reser-

viert ist. Die Kosten für Content Produktion und Werbung werden oft unterschätzt. Es zahlt sich aus, in einen guten Content Spezialisten im eigenen Team zu investieren.

Erster sein und Vorsprung gewinnen

Die digitale Welt ändert sich enorm schnell und laufend kommen Plattformen dazu. Als Kampagne muss man hier schnell und effizient analysieren, wie diese in die eigene Strategie implementiert werden können. Dies ist speziell wichtig, wenn man jüngere Wähler ansprechen möchte, deren Aufmerksamkeit sich oft auf neue Plattformen fokussiert.

Kampagnen, die schnell und flexibel reagieren, werden dafür oftmals mit starker Sichtbarkeit zu geringen Kosten belohnt. Zum Beispiel eignet sich im Moment LinkedIn hervorragend, um als wirtschaftsaffiner Politiker an Reichweite zu gewinnen.

Echte Interaktion mit der Community

Social Media definiert sich darüber, dass es kein einseitiger Kommunikationskanal ist. Nutzer wollen echten Dialog und es liegt an uns, diesen zu bieten. Antworten Sie auf Kommentare, bedanken Sie sich für den Input und stellen Sie sicher, dass nichts unbeantwortet bleibt. Das zeigt Wählern, dass es sich um eine echte Person hinter der Seite handelt, die wirkliches Interesse an ihren Sorgen und Wünschen hat. Wenn Ihr Kanal hingegen nicht authentisch und lieblos wirkt, verliert Ihr Kanal schnell an Mehrwert und das äußert sich dann in geringeren Interaktionsraten.

Natürlich gibt es noch viele weitere Elemente, die zu beachten sind. Aber wenn Sie die Basis richtig machen, haben Sie alle Voraussetzungen, um im nächsten Wahlkampf gut abzuschneiden.

Thomas Ilk, Managing Partner, Bacon & Bold
Chase Helton, Political Digital Strategist, Bacon & Bold

Bild: Thomas Ilk bei der Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg in Kloster Schöntal

Social Media

Professionelle Grafiken ohne rechtliche Fallstricke

Die sozialen Medien leben in hohem Maße von guten Bildern: Die gleiche Reichweite in Form einer „Textkachel“ (also einer Grafik bestehend aus einem passenden Bild mit einem kurzen Text) bekommt oft ein Vielfaches der Reichweite von einfachen Textbeiträgen.

Das Urheberrecht beachten

Auch wenn viele auf Facebook & Co. nicht so genau danach schauen, woher ein Bild kommt, gilt das Urheberrecht doch auch hier. Gerade wir als CDU-Verbände sollten dieses zwingend beachten und entsprechend ohne ausdrückliche Zustimmung des Urhebers der Bilder (Fotograf) oder der Rechteinhaber (Agenturen, Bilddatenbanken) keine Bilder auf unseren Webseiten verwenden.

Vermeiden Sie daher das „Kopieren und Einfügen“ von Bildern aus dem Internet – große Bildagenturen und deren Kanzleien durchsuchen routinemäßig und softwarebasiert das Internet auf unlizenzierte Verwendung ihrer Werke und mahnen die unlizenzierte Nutzung ihrer Bilder ab. Auch in den letzten Monaten erhielten einige CDU-Verbände Abmahnungen, weil sie – auf ihrer Internetseite, auf sozialen Medien, aber auch in Ortsblättern – Fotos verwendet haben, an denen sie keine Nutzungsrechte hatten.

Daher bietet es sich zunächst an, Bilder aus Ihrem eigenen Fundus zu verwenden. Sollten Sie dennoch „fremde Bilder“ aus dem Internet benötigen, buchen Sie die Nutzungsrechte dieser Bilder nur über seriöse Webseiten und Bilddatenbanken. Achten Sie dabei auf die richtigen Nutzungsrechte. Wenn Sie die Bildrechte nur für Print erworben haben, dürfen Sie das Foto z. B. nicht bei Facebook benutzen.

Sichere Bildquellen sind:

- » Die allgemeine Mediathek im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg unter bw.cdu-wahlkampf.de (zur Nutzung innerhalb des Portals)
- » Die Multimedia-Datenbank der CDU Deutschlands (Achtung: Loggen Sie sich mit Ihren CDU-Plus-Zugangsdaten ein, um auch die Kategorie „Themenbilder“ zu sehen): www.bilder.cdu.de
- » Darüber hinaus finden sich zu vielen Themen frei nutzbare Bilder in Bilddatenbanken, beispielsweise pixabay.com

Bilder für CDU-Seiten aufbereiten

Es gibt zahlreiche öffentlich verfügbare „Kachel-Generatoren“ wie etwa canva.com. Diese haben jedoch grundsätzlich den Nachteil, dass dort keine Gestaltungselemente der CDU hinterlegt sind und Ihre Ergebnisse insbesondere nicht in der richtigen Schriftart gesetzt sind. Wir empfehlen Ihnen daher, eines der Tools der CDU zu nutzen.

Die **CDU Baden-Württemberg** bietet in ihrem Online-Design-Portal entsprechende Grafiken an:

- » Gehen Sie auf bw.cdu-wahlkampf.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich neu (dafür muss eine Rechnungsadresse angegeben werden, die Social-Media-Grafiken sind jedoch kostenlos).
- » Gehen Sie auf die Kategorie „Facebook-Elemente“.
- » Wählen Sie die Vorlage, die Ihnen am meisten zusagt, laden Sie die passenden Bilder hoch und bearbeiten die Texte.



Hinweis:

Derzeit finden Sie in unserem Portal noch die Vorlagen in der Werbelinie zur Kommunalwahl. Diese werden wir jedoch bis zu den Sommerferien überarbeiten, modernisieren und optisch an die Werbelinie zur Landtagswahl anpassen.

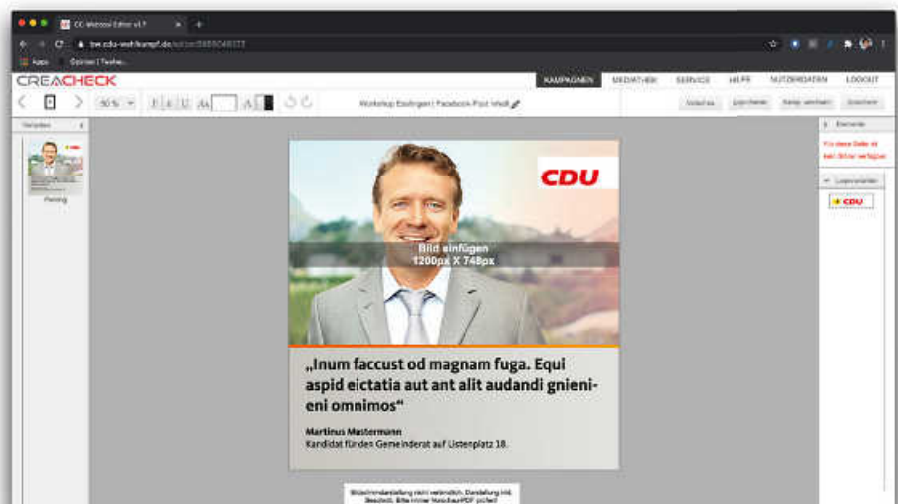
Darüber hinaus gibt es im CDU Plus ein Design-Tool der **CDU Deutschlands** mit Vorlagen in der Optik der letzten Bundestagswahl. Dieses erreichen Sie wie folgt:

- » Gehen Sie auf cduplus.cdu.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich mit Ihrer Mitgliedsnummer.
- » Gehen Sie im Menü auf „Druck, Bild und Online“ – „Design-Tool“.
- » Wählen Sie am besten eine der beiden Vorlagen „Facebook-Kachel: kurze Botschaft mit Bild (720x603px)“ oder „Facebook-Kachel: Zitatkachel (720x603px)“ (bzw. die entsprechenden Vorlagen für Instagram und Twitter, um diese Kanäle zu bedienen).
- » Auch hier können Sie die Grafiken auf einfache Weise anpassen und herunterladen.

Inhalte der Landes-CDU nutzen

Natürlich müssen Sie sich auch nicht jedes Mal die Arbeit machen, eigene Grafiken zu erstellen, wenn es um landes- oder bundespolitische Themen geht:

- » Teilen Sie Inhalte der Seiten „CDU Baden-Württemberg“ und „Susanne Eisenmann“ auf Ihren CDU-Kanälen.
- » Gelegentlich versenden wir Vorlagen an die Verbände. Lassen Sie sich gerne auf den Verteiler aufnehmen: cd�.org/socialmedia.



Im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg finden Sie alle Druckprodukte, die Sie für Ihre Parteiarbeit benötigen – demnächst auch in der Werbelinie zur Landtagswahl! Schauen Sie rein: bw.cdu-wahlkampf.de

Schlusspunkt des Generalsekretärs



Mehr als 250 Funktions- und Mandatsträger aus ganz Baden-Württemberg sind zum ersten Digitalen Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg mit der CDU-Spitzenkandidatin, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, dem Landesvorsitzenden, Minister Thomas Strobl, und dem Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, zusammengekommen. Für Manuel Hagel war danach klar: „Die digitale Premiere heute hat gezeigt: Wir sind bis in die Haarspitzen motiviert! Und wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein.“



Mehr als 250 Funktions- und Mandatsträger aus ganz Baden-Württemberg sind zum ersten Digitalen Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg mit der CDU-Spitzenkandidatin, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, dem Landesvorsitzenden, Minister Thomas Strobl, und dem



Der große Konferenzraum in der Landesgeschäftsstelle wurde für Videokonferenzen umgerüstet. Bei Sitzungen des Landesvorstands und anderer Gremien haben die jeweiligen Vorsitzenden die anderen Teilnehmer so jederzeit im Blick.

Unsere Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann war bereits gemeinsam mit einigen Abgeordneten über Facebook live und Instagram live im Gespräch mit den Menschen im Land.



Für manche Online-Veranstaltungsformen wurde auch improvisiert – so musste beim Gespräch von Thomas Strobl und Manuel Hagel MdL mit der JU Württemberg-Hohenzollern eine Postkiste als Laptopständer erhalten.

Schlusspunkt des Generalsekretärs

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

Scheinwerfer, Kameras, eine 12,5-Quadratmeter-Messewand und drei Stelen mit Trennwänden dazwischen – drei Personen in einem Raum und über 250 Menschen im ganzen Land verteilt vor ihren Bildschirmen: In Zeiten von Corona sieht so eine Großveranstaltung der CDU Baden-Württemberg aus.

Digital ist das neue Normal

Aktuell gilt: Digital ist quasi das neue Normal. Das war schon vor Corona immer öfter so, in den letzten Monaten mussten wir aber alle noch einen Gang hochschalten. Wir fangen keineswegs bei null an. Im Gegenteil, wir sind jetzt schon seit einigen Jahren dabei, unsere CDU immer digitaler zu gestalten.

Aus der letzten Kommunalwahl kennen viele von Ihnen bereits unser Web-to-Print Angebot, ein Online-Design-Portal mit dem Sie aus Vorlagen Ihre personalisierten Werbemittel ganz einfach erstellen können. Von der „Facebook-Kachel“ bis zum Plakat ist für alle etwas dabei. Auf unseren großen Veranstaltungen ist unsere Social-Media-Lounge mittlerweile ein fester Bestandteil und die Sozialen Medien von Instagram bis Twitter gehören selbstverständlich zum Kommunikationsmix unserer Partei. Von all dem profitieren wir in diesen Tagen gleich doppelt.

Auch Gremienarbeit kann in Zeiten von Corona nicht in der klassischen Präsenzsitzung stattfinden. Hier gehen wir daher ganz neue Wege. So hatten wir in den vergangenen Wochen diverse Premieren: die erste digitale Präsidiumssitzung, der erste digitale Landesvorstand, die ersten digitalen Sitzungen unserer Landesfachausschüsse und nicht zuletzt die erste digitale Kampagnenkonferenz

der CDU Baden-Württemberg. Und vor allem letztere hat richtig Spaß und Lust auf mehr gemacht. Wir haben uns am 8. Mai mehr als zwei Stunden lang ausgiebig und konzentriert ausgetauscht. Mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann, unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl und unseren Agenturen haben wir unseren Fahrplan 2021 zur Landtagswahl beraten.

Wir machen dabei auf virtuellem Weg das, was eine Volkspartei ausmacht: nämlich lebendig miteinander in Austausch kommen.

- » Digital
- » Direkt
- » Deutlich

Das ist die Handschrift der CDU. Und so werden wir unsere Arbeit auch auf dem Weg zur Landtagswahl und darüber hinaus weiterentwickeln.

Wie sehr unsere Partei trotz Corona lebt, haben uns auch unsere Verbände mit ihrer großartigen Kreativität gezeigt. Mit Veranstaltungen in Autokinos oder auf Sportplätzen kamen unsere CDU-Verbände in den vergangenen Wochen auch an ganz neuen Orten zusammen und hielten den derzeit so wichtigen Abstand ein. Danke, dass Sie vor Ort in den Verbänden so engagiert sind – egal ob in digitaler oder analoger Form. Sie tragen damit ganz entscheidend zur lebendigen Volkspartei CDU bei – dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein

Seit vielen Wochen, mittlerweile seit Monaten, erleben wir einen neuen Alltag. Trotz der nun mehr und mehr möglichen Lockerungen bleibt es eine Ausnahmesituation, die uns allen viel abverlangt – dessen bin ich mir, sind

wir alle uns, sehr bewusst. Die vergangenen Wochen haben aber auch gezeigt: Wir als CDU in Baden-Württemberg sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein. Wir halten zusammen – gerade auch in schwierigen Zeiten. Wir stellen uns auf neue Situationen ein und lernen auch für die Zukunft daraus, wie wir unsere Arbeit, wie wir unsere Partei noch besser machen und weiterentwickeln können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer.

Passen Sie auf sich und Ihre Lieben auf und bleiben Sie vor allem gesund!

Herzliche Grüße

Ihr



Manuel Hagel MdL
Generalsekretär



Schützen wir unsere Einsatzkräfte!



„In jeder Uniform steckt ein Mensch“

Wir können nicht akzeptieren, dass Angriffe auf unsere Polizei und Rettungskräfte zunehmen. Diejenigen zu schützen, die sonst andere beschützen – das ist unser klares Ziel. Wir zeigen null Toleranz bei Ausschreitungen und Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. In Stuttgart hat die Stadt zu lange zugesehen. Abwarten ist keine Alternative mehr – wir müssen jetzt handeln!

Sei dabei und setz ein Zeichen für mehr Sicherheit auf unseren Straßen!

**Trag Dich jetzt ein und zeige Deine Unterstützung
für unsere Polizei- und Rettungskräfte!**

Gemeinsam für ein sicheres Baden-Württemberg für alle!



einsatzkraefte-schuetzen.cdu-bw.de